

Prävention und Intervention gegen Menschen- und Demokratiefeindlichkeit: Angebote und Ansätze

RaFiK-Expertise zum bundesweiten und europäischen Vergleich



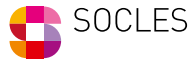
Radikal, fundamentalistisch, anders -
Fachkräfte im Kontakt

Marie Jäger, Silke Baer &
Harald Weilnböck
cultures interactive – Verein
zur interkulturellen Bildung und
Gewaltprävention e.V. (CI)

Impressum

Herausgegeben durch

SOCLES International Centre for Socio-Legal
Studies gGmbH
Poststr. 46, 69115 Heidelberg
Telefon: 06221 655 81-00
E-Mail: info@socles.de
Internet: www.socles.org



In Kooperation mit

cultures interactive – Verein zur interkulturellen
Bildung und Gewaltprävention e. V. (CI)



DJI – Deutsches Jugendinstitut e. V.



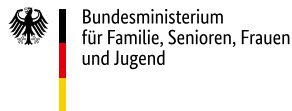
Erstellt im Rahmen des Projekts

Radikal, fundamentalistisch, anders – Fachkräfte im Kontakt



Gefördert vom

im Rahmen des Bundesprogramms



Demokratie **leben!**

Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des
BMFSFJ oder des BAFzA dar. Für inhaltliche Aussagen tragen
die Autorinnen und Autoren die Verantwortung.

Gestaltung, Satz

www.henrys-lodge.ch

Druck

Baier Digitaldruck GmbH

Heidelberg, Juli 2022

ISBN

978-3-9823619-2-5

Zitierweise

Jäger, Marie; Baer, Silke & Weilnböck, Harald, cultures interactive –
Verein zur interkulturellen Bildung und Gewaltprävention e. V. (CI)
(2022). Prävention und Intervention gegen Menschen- und
Demokratiefeindlichkeit: Angebote und Ansätze. RaFiK-Expertise
zum bundesweiten und europäischen Vergleich. Heidelberg:
SOCLES.

Intro: Islam, islamisch begründeter Extremismus und Prävention	5
1 Ansätze der Präventions- und Interventionsarbeit	8
1.1 Formate	9
1.2 Strukturen und Akteure	10
1.3 Ansätze und Konzepte	13
1.4 Zum systemischen Ansatz	16
1.5 Zum theologischen Ansatz	18
2 Zielgruppen in der Präventions- und Interventionsarbeit	20
2.1 Zielgruppen in der Prävention und politischen Bildung	21
2.2 Phänomenübergreifender Ansatz	22
2.3 Fachkräfte als Zielgruppe	24
3 Fachliche Grundlagen der Präventionsarbeit	26
3.1 Grundprinzipien der Präventionsarbeit	27
3.2 Datenschutz und Persönlichkeitsrechte	30
3.3 Religionssensibles Arbeiten	32
3.4 Genderreflektiertes Arbeiten	33
3.5 Diversität und Identität in der Präventions- und Interventionsarbeit	34
4 Präventionsarbeit in der EU	36
4.1 Das Radicalisation Awareness Network	37
4.2 Präventionsansätze aus Frankreich, Großbritannien und den Niederlanden	39
5 Übersicht zu Präventions- und Interventionsangeboten in Deutschland	42
5.1 Zivilgesellschaftliche Angebote	43
5.2 Das Programm Respekt Coaches	54
5.3 Staatliche Angebote	55
5.4 Die Struktur von Wegweiser in Nordrhein-Westfalen	57
5.5 Die Beratungsstelle Radikalisierung im BAMF	67
Literaturverzeichnis	70

Intro: Islam, islamisch begründeter Extremismus und Prävention

Die Angebote, Akteure und Träger der politischen Bildung und Prävention im Bereich islamisch begründeter Extremismus in Deutschland sind vielfältig – es gibt staatliche und zivilgesellschaftliche Angebote mit diversen Ansätzen, Schwerpunkten und Zielgruppen. Nicht selten verlieren Fachkräfte in der Kinder- und Jugendhilfe und selbst Fachkräfte der Präventionsarbeit den Überblick darüber. Insbesondere Berufsanfänger*innen, aber auch erfahrene Fachkräfte beklagen, dass sie nicht wissen, wie viele Akteure es überhaupt gibt, welche Ansätze diese verfolgen und welche Ansätze sich bewährt haben oder als Good Practice gelten. Daneben gibt es regelmäßig theoretische Diskussionen darüber, was islamisch begründeter Extremismus ist, welche Ursachen er hat und welche Verlaufsformen er nimmt.

Wenn im Folgenden von Prävention oder Präventionsarbeit gesprochen wird, ist immer die Prävention von Extremismus gemeint.

Die Begriffe selbst – Extremismus, Radikalisierung, Islamisch begründeter Extremismus (oder Islamismus) – sind nicht unumstritten.

Die Begriffe »extrem« oder »extremistisch« sind vom lateinischen Wort »extremus« abgeleitet, was »außen« bedeutet – daher auch das Bild von Extremismus als Erscheinung am Rand der Gesellschaft. *Extremismus* bezeichnet eine Haltung, die den Verfassungsstaat ablehnt und ihn abschaffen oder signifikant einschränken will – mit Gewalt oder mit Worten. Dabei werden sowohl die Institutionen des Staates als auch die von ihm garantierten Rechte abgelehnt – etwa das Recht auf freie Meinungsäußerung, individuelle Lebensgestaltung und Minderheitenrechte. Kritiker des Extremismusbegriffs sehen diesen als unterkomplex, staatszentriert und selbst ideologisch. Insbesondere die Gleichsetzung verschiedener Extremismen¹ würde übersehen, dass dies hochgradig unterschiedliche Phänomene sind. Wenn festgehalten wird, dass Rechtsextremismus und islamisch begründeter Extremismus beide Extremismen sind, weiß man rein gar nichts über die Geschichte, Merkmale, inneren Logiken des Rechtsextremismus oder islamisch begründeten Extremismus. Der statische Extremismusbegriff, so die Kritiker, würde immer wieder zur Bagatellisierung von Phänomenen vor allem im Bereich Rechtsextremismus führen (vgl. u. a. Stöss, 2015; Salzborn & Quent, 2018). Des Weiteren stellte unter anderem die sogenannte »Mitte-Studie«² heraus, dass Positionen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit, die mit Extremismus assoziiert werden in weiten Teilen der Bevölkerung zu verzeichnen sind. Dennoch hat der Begriff sich durchgesetzt. Er leistet zumindest eines: Wird von Extremismus gesprochen, wissen Fachkräfte, dass Gefahr in Verzug ist.

¹ Das bekannteste Beispiel ist das Gleichsetzen von Links- und Rechtsextremismus im Anschluss an Vergleiche zwischen dem Nationalsozialistischen Deutschland und der UdSSR.

² <https://www.fes.de/referat-demokratie-gesellschaft-und-innovation/gegen-rechtsextremismus/mitte-studie>

Was meint nun Radikalisierung in Abgrenzung oder Ergänzung zum Begriff Extremismus?

Auch dieser Begriff ist nicht eindeutig: Der Begriff *radikal* leitet sich vom lateinischen »radix«, Wurzel ab – *Radikalität* meint also etwas »an der Wurzel zu packen«, etwas »gründlich, vollständig zu tun«. Der Begriff ist somit nicht nur negativ besetzt, es wird zum Beispiel auch von radikal-demokratischen Positionen gesprochen. *Radikalisierung* meint hingegen deutlich negativ besetzt den Prozess, bestimmte Ansichten oder Ideologien zunehmend konsequenter und bestimmter zu verfolgen, also in der Regel, sich zu einem der Extremismen hin zu entwickeln. Unter anderem Gaspar und Daase plädieren deshalb für einen analytischen statt normativen Radikalisierungsbegriff (vgl. Gaspar, Daase, Deitelhoff, Jung & Sold, 2018) Eben weil es sich um einen Prozess handelt, ist es umstritten, ab welchem Punkt von Radikalisierung gesprochen werden kann: Eng gefasste Definitionen setzen auf das Kriterium der Gewaltanwendung (vgl. Neumann, 2016), was eine klare Unterscheidung ermöglicht, während die Vertreter*innen des weit gefassten Radikalisierungsbegriff Radikalisierung als Prozess in den Blick nehmen (vgl. Gaspar, Daase, Deitelhoff, Jung & Sold, 2018).

Im Bereich des islamisch begründeten Extremismus aber, das zeigt die Erfahrung, scheint diese Wahrnehmungsschwelle viel schneller überschritten zu sein als beim Rechtsextremismus. Da Muslim*innen in der deutschen Gesellschaft nicht in der Mehrheit sind, definieren vorwiegend Atheist*innen, Agnostiker*innen und Christ*innen was noch »Islam« und was schon »Islamismus« ist. Ein Blick in Publikationen aus Ländern mit muslimischer Mehrheit könnte dazu beitragen, den Begriff zu schärfen.

Islamisch begründeter Extremismus wird häufig auch als Islamismus, Salafismus oder Jihadismus betitelt. Wir haben uns gegen diese Begriffe entschieden – Islamismus ist ein Begriff, der von der Mehrheit der Muslim*innen abgelehnt wird. Salafismus wiederum bezeichnet nur eine der vielen Strömungen im islamisch begründeten Extremismus.³ Jihadismus bezeichnet in der Regel nur den gewaltbereiten islamisch begründeten Extremismus, wie etwa den Islamischen Staat oder Al-Qa'ida und ist zudem auch ein umstrittener Begriff.⁴ *Islamisch begründeter Extremismus* umfasst alle konfessionellen Spielarten und die verschiedenen Formen. Zudem soll damit markiert werden, dass es sich primär um einen Extremismus mit politischen Anliegen handelt, die mit dem Islam begründet werden.

Hinwendungsprozesse zum Extremismus sind immer individuell – auch im Fall des islamisch begründeten Extremismus. Es gibt verschiedene Gründe für die Hinwendung, unterschiedliche Verläufe – und dem entsprechend auch nicht den einen Präventions- bzw. Distanzierungs- und Deradikalisierungsansatz, der für alle Jugendlichen passt.

³ Es gibt sowohl schiitische als auch sunnitische Gruppierungen im Bereich islamisch begründeter Extremismus. Die extremistischen sunnitischen Gruppierungen wiederum sind nicht alle salafistisch.

⁴ Das Wort Jihad bedeutet im islamischen Kontext erst einmal nur so viel wie »Anstrengung« – für die Religion. Unterschieden werden der kleine und der große Jihad. Der große Jihad ist friedlich. Er bezeichnet das Bemühen um das moralisch richtige Verhalten. Der kleine Jihad ist kriegerisch – er bezeichnet den Kampf entweder zur Verteidigung oder zur Ausdehnung der Gebiete des Islam. Jihad in der Form wie er bei Al-Qa'ida und dem IS auftauchte – als Terror – kommt nicht in der klassischen Koraninterpretation oder Geschichte des Islam vor.

Die vorliegende Arbeit soll einen Beitrag dazu leisten, einen ersten Überblick über die Präventionslandschaft zu verschaffen und ein wenig System in die Unübersichtlichkeit zu bringen. Das soll auch dabei helfen, geeignete Angebote für die verschiedensten Jugendlichen zu finden.

- ▶ Im ersten Teil werden die Präventionsformen vorgestellt, Strukturen sowie verbreitete Ansätze in der Präventionsarbeit, mit besonderem Schwerpunkt auf dem systemischen und den theologischen Ansatz (→ 1).
- ▶ Im zweiten Teil wird auf Zielgruppen in der Prävention eingegangen. Es soll nachgezeichnet werden, was die Vorteile, aber auch die Fallstricke von Zielgruppenbeschreibungen sein können (→ 2).
- ▶ Im dritten Teil werden die fachlichen Grundsätze der Präventionsarbeit und die daran geknüpften Diskussionen näher beschrieben (→ 3).
- ▶ Im vierten Teil wird die Präventionsarbeit in Deutschland in den europäischen Kontext eingeordnet (→ 4).
- ▶ Im fünften Teil folgt eine Aufstellung der Beratungsstellen in Deutschland und deren Beschreibung (→ 5).

1

Ansätze der Präventions- und Interventionsarbeit

1 Ansätze der Präventions- und Interventionsarbeit

1.1 Formate

Auch im Kontext von Extremismus folgt die Einteilung der Präventions- und Interventionsarbeit häufig der klassischen Dreiteilung zwischen Primär- oder auch universeller Prävention, Sekundär- oder auch anlassbezogener Prävention und Tertiär- oder auch indizierter Prävention und orientiert sich dabei an den Konzepten von Gerald Caplan und Robert S. Gordon, die in der Präventionsarbeit aufgegriffen und weiter entwickelt wurden.

- ▶ Primärprävention richtet sich an alle Mitglieder der Gesellschaft. Sie ist nicht zielgruppengerichtet und setzt vor allem darauf, Kompetenzen zu schulen, um von vorne herein eine Radikalisierung zu verhindern. Sie soll wirken, bevor insbesondere junge Menschen überhaupt mit Extremismus in Kontakt kommen.
- ▶ Sekundärprävention nimmt Menschen in den Blick, die als gefährdet gelten oder bereits begonnen haben, sich zu radikalisieren. Sie ist insofern nicht mehr universell, als sie in der Regel bestimmte Themenfelder oder Zielgruppen in den Blick nimmt – daher auch die Benennung als selektive Prävention.
- ▶ Die Tertiärprävention bezeichnet Ausstiegsarbeit oder Arbeit im Bereich der Deradikalisierung. Hier wird von Personen ausgegangen, die bereits Teil einer extremistischen Szene sind und entweder selbst das Bedürfnis haben wieder »auszusteigen« oder über ihr besorgtes Umfeld erreicht werden sollen (vgl. Kiefer, 2017).

Die Begriffe sind nicht unumstritten. Zum einen wird häufig die Frage aufgeworfen, wer eigentlich von wem als »besonders gefährdete Zielgruppe« wahrgenommen wird – dazu in den späteren Kapiteln mehr. Des Weiteren werden die Ebenen und ihre Abgrenzung voneinander häufig als ungenau wahrgenommen. Radikalisierungsprozesse verlaufen insbesondere bei Jugendlichen zum Teil sehr schnell, die Übergänge sind fließend. Das erschwert die Einschätzung. Aus der Erfahrung mit Jugendlichen in den Workshops von cultures interactive e. V., die im Bereich der Primär- oder Sekundärprävention angesiedelt waren und sind, wissen wir insbesondere für die an Schulen durchgeführten Projekte: Es ist nicht selten, dass wir in einer Schulklasse unbelastete Jugendliche zusammen mit Jugendlichen in verschiedenen Phasen der Radikalisierung sitzen haben, teilweise auch noch in Bezug auf verschiedene Extremismen. Im Kontext Schule muss also ein Umgang damit gefunden werden, dass eigentlich alle drei Präventionstypen gefragt sind.⁵

Einen weiteren bedenkenswerten Punkt hat Götz Nordbruch formuliert: Die Unterscheidung zwischen politischer Bildung und Primärprävention verwischt zusehends.

⁵ Eine Möglichkeit damit umzugehen stellt im Kontext von Projekten bei cultures interactive e. V. das Time-Out dar. Das Time-Out-Team begleitet die meisten Schulprojektstage. Dort gehen Teamende mit Jugendlichen, die durch entweder extremistische oder besonders menschenfeindliche Aussagen aufgefallen sind, ins Einzelgespräch.

Ursprünglich ist die politische Bildung als allgemeines Angebot zur Auseinandersetzung mit dem politischen System ebenso wie mit gesellschaftspolitischen Fragen gedacht gewesen. Damit rückt sie in die Nähe der Primärprävention – beide stellen ein offenes, allgemeines Angebot zur Auseinandersetzung und Diskussion dar – ist aber insofern verschieden, als sie eigentlich unabhängig von aktuellen Problemlagen und Bedrohungen politische Bildung für die Gesellschaft bereitstellen soll (vgl. Nordbruch, 2020). Vor dem Hintergrund von Förderungen – die Präventionslandschaft ist deutlich besser finanziert als allgemein gefasste Angebote der politischen Bildung, die auf Demokratieerziehung und Abbau gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit fokussieren – bemühen sich Träger der politischen Bildungslandschaft, die Kernthemen ihrer Arbeit, sei es Antisemitismus, LGBTIQ-Rechte oder rassismuskritische politische Bildung, in die präventionsorientierten Förderlogiken der Geldgeber zu übersetzen. Natürlich bleibt politische Bildung dabei immer noch universell, allgemein, an die ganze Gesellschaft gerichtet. Jedoch stellt sie sich damit in einen ganz bestimmten Dienst, verpflichtet sich einem spezifischen Zweck und büßt darüber, so Nordbruch, doch einen nicht unerheblichen Teil ihrer Unvoreingenommenheit ein.

Trotz aller berechtigten Kritik, die daran formuliert wurde, helfen die drei Präventionsebenen dabei, sich einen Überblick über die Trägerlandschaft zu verschaffen und eigene Herangehensweisen in Bezug auf Menschen in den verschiedenen Radikalisierungsphasen zu formulieren und weiter zu entwickeln.

Unterschieden wird darüber hinaus auch *indirekte* und *direkte* Präventionsarbeit. Direkte Prävention arbeitet mit Menschen, vor allem Jugendlichen, um einen Radikalisierungsprozess zu stoppen oder vorzubeugen. Indirekte Prävention richtet sich an Fachkräfte im Kontakt mit (potenziell) gefährdeten Jugendlichen und soll diese befähigen, Hinwendungsprozesse zu erkennen und diesen entgegenzuwirken (vgl. Kiefer, 2020).

1.2 Strukturen und Akteure

In Deutschland hat sich seit den 1990er Jahren und verstärkt seit dem Jahr 2001 in Bezug auf Rechtsextremismus eine große Vielfalt an zivilgesellschaftlichen Organisationen mit unterschiedlichen Ansätzen sowie Herangehensweisen herausgebildet und professionalisiert. Das ist einzigartig im internationalen Vergleich, war aber immer auch eine Reaktion auf rechtsextreme Übergriffe, Bedrohungen, Morde und rechtsterroristische Attentate. Viele Konzepte und Träger entstanden im Laufe der 90er und frühen 00er Jahre, in denen Rechtsextremist*innen, insbesondere in den neuen Bundesländern, fast täglich Angriffe verübten. Momentan ist das größte Programm der Demokratieförderung und Prävention von menschenverachtenden Haltungen »Demokratie Leben!« vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ). Es fördert:

- ▶ Modellprojekte zur Stärkung von menschenrechtlichen Haltungen und Bearbeitung von Rechtsextremismus,
- ▶ lokale Partnerschaften vor Ort,
- ▶ bundesweite Kompetenznetzwerke zu bestimmten Schwerpunkten,
- ▶ Verbände der Mobilien Beratungen gegen Rechtsextremismus,

- ▶ Beratung und Unterstützung von Betroffenen von rechter Gewalt
- ▶ Distanzierungs- und Ausstiegsarbeit.

Ein weiterer wichtiger Akteur und Förderer in der Rechtsextremismusprävention ist die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb). Die bpb veröffentlicht Publikationen on- und offline zu relevanten Themen, organisiert Fachkonferenzen und fördert ebenfalls vielversprechende Modelle der politischen Bildung zur Prävention. Dazu kommen Stiftungen und weitere Programme, etwa gefördert vom Bundesinnenministerium.

Erst ab dem Jahr 2014, und damit im europäischen Vergleich insbesondere mit Frankreich und Großbritannien vergleichsweise spät, begann eine Ausweitung der Präventionsprogramme auf islamisch begründeten Extremismus. Neben staatlichen Deradikalisierungsangeboten wurden verschiedene Programme aufgelegt. Beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) wurde eine Beratungsstelle und ein zivilgesellschaftliches Trägernetzwerk angesiedelt. Das bereits erwähnte Bundesprogramm »Demokratie leben!« im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend fördert seit dem Jahr 2015 auch Projekte im Phänomenbereich islamisch begründeter Extremismus. Im Jahr 2018 wurde ebenfalls vom BMFSFJ das Programm »Respekt Coaches« lanciert. Zudem fließen Bundesmittel auch über die Bundeszentrale für politische Bildung in diverse Präventionsprojekte, insbesondere im Bereich der Wissensvermittlung⁶ und der Primärprävention (vgl. Kiefer, 2017).

Die Akteure der Präventionsarbeit lassen sich also in zivilgesellschaftliche und staatliche aufteilen. In der politischen Bildung, Primär- und Sekundärprävention sind mehrheitlich Akteure der Zivilgesellschaft zu finden. Die Idee von Workshops an Schulen oder in Jugendzentren, die von Polizei oder Verfassungsschutz durchgeführt werden, hat sich mehrheitlich nicht durchgesetzt bzw. wird als wenig effektiv eingeschätzt. In der Tertiärprävention – also der Distanzierungs- und Deradikalisierungsarbeit – sind deutlich häufiger staatliche Träger zu finden, sei es in Form von Projekten, die Beratungen anbieten, oder als Netzwerkstruktur bzw. Ausgangs- und Schnittpunkt verschiedener Träger der Zivilgesellschaft, wie im Fall des BAMF und seiner Beratungsstellen (→ 5).

Das kommt nicht von ungefähr. Staatliche und zivilgesellschaftliche Träger unterscheiden sich nicht notwendigerweise in der Konzeption ihrer Angebote, den angewandten Ansätzen oder den Standards. Sie haben aber von Haus aus unterschiedliche Zwecke. Zivilgesellschaftliche Träger fokussieren in ihrer Zielsetzung auf das Miteinander in der Gesellschaft. Sie sehen es als ihre Aufgabe an, durch Dialog, Bildung, Diskussion und Austausch zu einem gleichberechtigten und akzeptierenden Miteinander beizutragen. Staatliche Träger, insbesondere natürlich der Verfassungsschutz, Polizei und die Innenministerien der einzelnen Länder, können sich all das zum Anliegen machen, haben aber gleichzeitig vom Staat den Auftrag, das friedliche, gewaltlose Miteinander zu gewährleisten und vor allem Verfassung und Staat zu schützen. Auch weil sie hauptsächlich der Sicherheit verpflichtet sind, liegt der Schwerpunkt des Wirkens staatlicher Akteure auf dem Bereich der Deradikalisierung – zum einen sind das die Personen, von denen eine erhebliche Bedrohung in Form von Anschlägen ausgehen kann, zum anderen besteht bei willigen Aussteiger*innen die Möglichkeit,

⁶ Vgl. etwa den Infodienst »Radikalisierungsprävention Islamismus« der bpb.

mehr über Strukturen, Gruppen und Vorhaben der jeweiligen extremistischen Szene zu erfahren. Die Sicherheitsbehörden sind aber zunehmend auch in der Primärprävention aktiv. Allerdings kann dort die Verknüpfung von Sicherheitsinteressen und Prävention zu einer Verstärkung der Verdachtslogik führen (vgl. Ceylan & Kiefer, 2013).

Staatlichen Trägern wird auf allen Präventionsebenen mit erheblichem Misstrauen begegnet, vor allem in der Primärprävention, aber auch in der von ihnen gut besetzten Deradikalisierungsarbeit. Das hat zum einen damit zu tun, dass Jugendliche sich – im Zuge ihrer Identitätssuche – häufig intensiv an Autoritäten abarbeiten und der Staat da noch vor Eltern und Lehrer*innen einen beliebten Adressaten darstellt. Darüber hinaus ist aber das Misstrauen bei Jugendlichen, die im Kontext der Prävention von islamisch begründetem Extremismus auftauchen, besonders hoch. Viele der Jugendlichen, die sich diesem Extremismus zuwenden oder als »potenzielle Zielgruppe« in den Blick genommen werden – nach wie vor überwiegend muslimische oder muslimisch gelesene Jugendliche – haben Rassismuserfahrungen gemacht, auch durch staatliche Stellen. Das umfasst sozialen Ausschluss ebenso wie Diskriminierungs- aber auch Gewalterfahrungen. Oder sie haben den Eindruck, dass die staatlichen Organe sie nicht schützen, wenn sie auf der Straße beleidigt oder angegriffen werden.

Die Aufdeckung des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) im Jahr 2011 hat zu diesem Gefühl der Unsicherheit und des Misstrauens wesentlich beigetragen. Nicht nur wurde damit offensichtlich, dass die Angehörigen der Opfer mit ihrer Einschätzung, es handle sich um rechtsextrem motivierte Straftaten, die ganze Zeit Recht hatten. Auch trug die dubiose Rolle der Kontaktpersonen des Verfassungsschutzes im Umfeld des NSU nicht gerade zum Vertrauen in diese Behörde und den Staat bei.

Letztlich ist aber auch die klare Trennung in »staatlich« und »zivil« schwierig. Zum Teil sind zivilgesellschaftliche Träger, welche großes Vertrauen genießen, an staatliche Stellen angebunden. Allen Beratungsstellen im Bereich Deradikalisierung obliegt die Pflicht, bei Gefahr im Verzug zu handeln, das heißt, im Interesse der staatlichen Sicherheit zu handeln (→ dazu ausführlicher siehe unten 3.2). Zudem werden sämtliche zivilgesellschaftlichen Projekte zu großen Teilen aus staatlichen Fördermitteln finanziert und sind somit auch verpflichtet, nachzuweisen, dass diese Gelder im Interesse der Demokratie und staatlichen Ordnung ausgegeben werden.

Dass die Landschaft insbesondere der zivilgesellschaftlichen Akteure auf den ersten Blick sehr unübersichtlich wirken kann, hat nicht nur etwas mit der Diversität der Themen und Ansätze zu tun. Wesentlich dafür sind auch die Förderlaufzeiten für Projekte vor allem in der Primär- und Sekundärprävention von drei bis fünf Jahren. Folgeförderungen sind selten. Projekte und Beratungsangebote in diesem Feld sind somit eher prekär aufgestellt. Zum einen führt das dazu, dass einige Träger trotz guter Arbeit ganz verschwinden oder sich erheblich verkleinern müssen. Zum anderen hat das aber auch zur Folge, dass die vielfach geforderten Standards für die Präventionsarbeit schwerer umzusetzen sind und auch Betroffene sich immer wieder neu auf Projekte, Angebote oder Träger einstellen müssen.

1.3 Ansätze und Konzepte

In der Präventionsarbeit zu islamisch begründetem Extremismus lassen sich vor allem die folgenden Ansätze finden:

- ▶ Systemischer Ansatz
- ▶ Personenzentrierter Ansatz/Empowerment
- ▶ Theologischer Ansatz
- ▶ Narrativer-biographischer Ansatz
- ▶ Ansatz der Counter-Narrative/Alternative Narrative
- ▶ Akzeptierende Jugendarbeit

Da das Für und Wider des theologischen Ansatzes in den letzten Jahren häufig in der Diskussion waren und der systemische Ansatz sich nahezu flächendeckend als Standard durchgesetzt hat, werden diesen beiden Ansätzen im Folgenden jeweils eigene Kapitel gewidmet.

Der *Personenzentrierte Ansatz* war lange Zeit vorherrschend und geht auf den Psychologen Carl Rogers zurück. Er nimmt Menschen als Individuen in den Blick, mit Fokus auf ihre Selbstbestimmtheit und ihre Entwicklungsmöglichkeiten. Die Person gilt als Expert*in für das eigene Erleben (vgl. Rogers, 2003). Selbstverwirklichung und Selbstaktualisierung sind zentrale Begriffe. Radikalisierung wird als Prozess verstanden, in welchem insbesondere junge Menschen durch ungünstige Strategien Selbstwirksamkeitserfahrungen machen wollen. Da wird dann auch in der Prävention angesetzt: Den radikalisierten Personen soll aufgezeigt werden, dass ihnen in der hierarchischen Struktur einer extremistischen Szene mehr Räume verschlossen als geöffnet werden. Der Ansatz versucht, alternative Selbstwirksamkeitserfahrungen zu bieten, das Ich – in Abgrenzung zur Gruppe – zu stärken und, im Rahmen der Selbstaktualisierung, mit den Klient*innen einen alternativen Plan zur Lebensgestaltung und Selbstentwicklung zu entwerfen. Diese Arbeit fokussiert stark auf das Individuum und setzt auch ein beratungswilliges Individuum voraus, das sich in der Deradikalisierung auf seine Ressourcen besinnt. Da sich in der wissenschaftlichen Literatur und Praxiserfahrung vor allem in den letzten Jahrzehnten die Erkenntnis durchgesetzt hat, dass Ressourcen stark schwanken und an die eigene Position in der Gesellschaft geknüpft sind, hat der personenzentrierte Ansatz als ausschließliches Konzept an Bedeutung verloren.

Der *Narrativ-biographische Ansatz*, vor allem in seiner Form der Narrativen Gesprächsgruppen, ist noch ziemlich jung. Er geht zurück auf die narrative Interviewtechnik von Fritz Schütze und wurde durch Gabriele Rosenthal und Michaela Köttig weiter entwickelt für die Jugendarbeit. In dieser Interviewtechnik als empirisches Forschungsverfahren geht es darum, die interviewte Person durch eine betont zurückhaltende Haltung und den Erzählfluss nicht unterbrechender Nachfragen zur narrativen Exploration anzuregen. W-Fragen werden nach Möglichkeit vermieden, da sie kurze Antworten erlauben. Stattdessen soll der*die Klient*in durch Aufforderungen und Nachfragen angeregt werden, Geschehnisse möglichst detailliert zu schildern. Die Fragetechnik erlaubt der interviewten Person, ihre – oder eine – Geschichte in ihrem eigenen Tempo und der eigenen Logik zu erzählen. Die Form der Narration gibt Aufschlüsse über subjektive Bedeutungs- und Bewertungsstrukturen der interviewten Person. Diese Erkenntnis wird im narrativ-biographischen Ansatz in der Sozialarbeit, politischen Bildung und Prävention genutzt. Der Ansatz geht davon aus, dass

politische Einstellungen von Personen nicht nur mit anhängigen politischen Narrativen (z. B. »Kampf des Islam gegen den Westen«), sondern auch mit biographischen Narrativen verknüpft sind (z. B. »Ich habe auch viel Rassismus erlebt und häufig gemerkt, dass mir Lehrer meine Religion ausreden wollen.«) (vgl. Rosenthal, Köttig, Witte & Bletzinger 2006). Der narrative Ansatz arbeitet mit der Annahme, dass

1. es – vergleichbar zur Gesprächstherapie in therapeutischen Settings – emotional entlastend sein kann, über schwierige Ereignisse zu reden.
2. Menschen in der detaillierten und unsortierten Erzählung und Wiedererzählung am ehesten eigene Widersprüche und inkohärente Elemente in ihrem Bericht oder ihrem Denken auffallen.

Dabei ist die narrative Herangehensweise eng an eine Orientierung auf emotionales und soziales Lernen gebunden. Denn gerade bei Deradikalisierung/Distanzierung bzw. der Prävention von menschenverachtenden und demokratiefeindlichen Haltungen kommt es erfahrungsgemäß weniger auf Lernen durch theoretische Einsicht oder Verstehen oder historisch-politische Aufklärung an. Vielmehr geht es um die Förderung von sozial-emotionaler Kompetenz – und dies besonders in den Erlebensbereichen von Konflikt, Ambivalenz, persönlicher Verunsicherung sowie in den Affektzonen von Scham/Schuld, Angst/Panik, Aggression, aber auch in den Gefühlslagen der Freude, sozialen Zugehörigkeit sowie generell des individuellen Sinnen- und Sinnerlebens. (vgl. Köttig, 2014) Diese sozial-emotionale Dimension ist für die (intensivpädagogische) politische Bildung mit schwer erreichbaren und/oder gefährdeten jungen Menschen nicht nur entscheidend, sondern häufig der einzige Weg, über den sie überhaupt noch erreicht werden können.

Als hilfreich wird der Ansatz vor allen in Settings mit Einzelpersonen oder Gruppen beschrieben, die für dezidiert politische Bildungsangebote kaum noch erreichbar sind – weil sie keine anderen Ansichten (mehr) akzeptieren, weil sie als Verschwörungs-ideologen grundsätzlich allen sachlichen Argumenten mit Misstrauen, Abwehr oder Hohn begegnen oder weil sie sich von Bildungsangeboten per se indoktriniert fühlen.

Counter Narrative und *Alternative Narrative* werden vor allem in der Online-Prävention eingesetzt, aber auch in Projekten mit Jugendlichen, die Film oder Gaming zum Gegenstand haben. Ausgegangen wird dabei von einem prominenten, virulenten Narrativ, das mehr oder weniger die Deutungshoheit für sich beansprucht, dem »Master Narrativ«. ⁷ Im islamisch begründeten Extremismus sind solche »Master Narrative« etwa die von der Überlegenheit des Islam oder der anstehende »Krieg gegen den Westen«. Alternative Narrative setzen darauf, dem bedrohlichen Master-Narrativ eine optimistischere Perspektive oder Vision entgegenzusetzen. Counter-Narrative setzen darauf die dominierende Erzählung durch Provokation, Humor, das Aufzeigen von Widersprüchen oder konsequentes Durchspielen in Frage zu stellen und dadurch zu irritieren. ⁸ In Bezug auf von Trägern der politischen Bildung oder Prävention online in

⁷ Parallel dazu gibt es in der Film- und Fernsehlandschaft diverse Bestrebungen, den dort gängigen, als »normal« dargestellten »Masternarrativen« alternative Erzählungen, etwa über selbstverständlich queeres Leben, muslimisches Leben jenseits von Terrorismus und migrantisches Leben jenseits von Kriminalität entgegenzusetzen.

⁸ Ein gutes Beispiel dafür ist das Video der Datteltäter »Was ich tun würde«
<https://www.youtube.com/watch?v=Cm8fZwhimy0>

Umlauf gebrachte Counter-Narrative hat sich allerdings herausgestellt, dass diese Jugendliche kaum erreichen.⁹ Es stellt sich also die Frage, in welcher Form diese alternativen oder Gegen-Narrative präsentiert und wie sie pädagogisch begleitet werden. Die Herangehensweise jugendkulturelle Akteure, insbesondere auf YouTube, in die politische Bildung einzubinden, scheint vielversprechender, als wenn, wie im Fall von Nordrhein-Westfalen, der Verfassungsschutz die counter-narrativen, satirischen Videos entwirft.¹⁰ Generell scheinen Filme, in denen sich für Demokratie stark gemacht wird, besser zu greifen als die Counter-Narrative.¹¹

Wenig ist in der Pädagogik und politischen Bildung so umstritten wie der Ansatz der *akzeptierenden Jugendarbeit*. Er wurde von Franz Josef Krafeld entwickelt, als Versuch, einen niedrigschwelligen sowie lebenswelt- und beziehungsorientierten Zugang zu rechten Jugendlichen und Jugendgruppen zu finden. Kritik am Ansatz sah vor allem eine Entpolitisierung des Phänomens Rechtsextremismus. Umgesetzt wurde die akzeptierende Jugendarbeit in den 90er Jahren in Jugendclubs vor allem in den ostdeutschen Bundesländern und geriet bald als »Glatzenpflege« in Verruf. War ihr Anliegen ursprünglich den Jugendlichen durch alternative Beziehungs- und Freizeitangebote sowie Hilfe bei der Bewältigung von Problemen den Ausstieg aus der Szene zu erleichtern, so sah die Realität oftmals ganz anders aus. Vor dem Hintergrund schwacher Strukturen – wenig Fördermitteln und Personal – und wenig zivilgesellschaftlichem Rückhalt in den Orten sowie der häufig schlechten Umsetzung wurden in zahlreichen Orten Jugendclubs von Neonazis praktisch übernommen.¹² Krafeld betonte, dass weniger das Konzept das Problem sei als vielmehr eine gänzlich misslungene Umsetzung und »seither (...) von akzeptierender Jugendarbeit ganz häufig ausgerechnet dort geredet (wird), wo auf den Abbau rechtsextremistischer Orientierungen und entsprechender Gewaltbereitschaft verzichtet (...) wird« (vgl. Krafeld 2001, S. 277).¹³ Für eine Umsetzung der akzeptierenden Jugendarbeit im Bereich des islamisch begründeten Extremismus spricht nach Clement, dass sie bei der Lebenswelt der Jugendlichen, ihren Milieustrukturen und auch ihren Problemen ansetze und auf ihre Orientierungs- und Sinnsuche eingehe. Die aufsuchende Präventionsarbeit des Bremer Vereins VAJA arbeitete in dem Projekt Jamil bis zum Jahr 2019 mit dem akzeptierenden Ansatz (vgl. Clement, 2017). Das Projekt lief Ende 2019 aus.¹⁴

⁹ Countering Online Extremism. https://cultures-interactive.de/files/publikationen/Fachartikel/2015_Weilnboeck_Counter_Narratives_dont_work.pdf. The Soufan Group 2014.

¹⁰ Jihadi Fool <https://www.youtube.com/channel/UCckTQUPNzjw8VFIZWB2CMfg> – Der Kanal hat 14000 Abonnenten und ca 2500 Aufrufe pro Video. Die Datteltäter haben fast 500.000 Abonnenten und im Durchschnitt 10000 Aufrufe pro Video.

¹¹ Vgl. <https://www.bpb.de/politik/extremismus/radikalisierungspraevention/263584/studie-videos-gegen-extremismus-counter-narrative-auf-dem-pruefstand>

¹² Als prominentestes Beispiel kann der »Winzerclub« in Jena Winzerla gelten, in dem sich der spätere NSU – Uwe Mundlos, Beate Zschäpe und Uwe Bönhardt sowie einige ihrer Unterstützer*innen kennen lernten. Vgl. Fuchs/Goetz, 2012 sowie Antonio Amadeu Stiftung, Zurück zur Glatzenpflege?, 2013 auf: https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/pdfs/zeitung-ermutigen/zeitung_internet.pdf

¹³ Unter dem Eindruck der schlecht umgesetzten akzeptierenden Jugendarbeit in Bezug auf Rechtsextremismus setzte sich bei einigen Akteuren in der politischen Bildung und Prävention der Entschluss durch, gar nicht mehr mit rechten oder rechtsextremen Jugendlichen zu arbeiten, sondern nur noch mit deren Opfern. So begrüßenswert der Ansatz ist, die Betroffenen von rechtsextremer Gewalt vorrangig in den Blick zu nehmen, zu empowern und unterstützen, stellt sich dennoch die Frage, was das langfristig für die (Primär)prävention im Bereich Rechtsextremismus bedeutet.

¹⁴ Die Abschlussdokumentation findet sich auf: <https://vaja-bremen.de/wp-content/uploads/2020/01/streetwork-halal-2019-jamil-web.pdf>

Zusammenfassend bleibt festzuhalten, dass die vorgestellten Ansätze selten in Reinform vorliegen und sich die meisten Träger darauf verlegt haben, verschiedene Ansätze zu kombinieren oder parallel anzubieten. Zudem gibt es Ähnlichkeiten und Überschneidungen in den Prämissen einiger Ansätze – z. B. betonen sowohl der systemische Ansatz als auch die akzeptierende Jugendarbeit die Bedeutung des Umfelds für Radikalisierungsprozesse. Dennoch kann gesagt werden, dass die Träger und Projekte unterschiedliche Schwerpunkte haben und es sich lohnt, sich mit den jeweiligen Begründungen für die Wahl des Ansatzes zu beschäftigen. Der systemische Ansatz ist zudem vor allem gehäuft in den Beratungsstellen der Tertiärprävention, also in Deradikalisierungsangeboten, zu finden, in der Primär- und Sekundärprävention findet sich eine größere Diversität.

Wünschenswert wäre im Hinblick auf die Publikationen und Internetpräsenz der verschiedenen Akteure – seien sie staatlich oder zivilgesellschaftlich – klarere und ausführlichere Beschreibungen der eigenen Prämissen und Ansätze in der Prävention. Schlagworte wie »ganzheitlich«, »systemisch« oder »individuell angepasste Lösungsstrategien« sind erklärungsbedürftig, um sich eine Vorstellung von der Arbeitsweise zu machen. Insbesondere die Internetauftritte der »Wegweiser«-Stellen weisen hier einige Desiderate auf.

1.4 Zum systemischen Ansatz

Der systemische Ansatz kommt ursprünglich aus der Familientherapie und hat sich in den letzten Jahrzehnten in der Beratungslandschaft als Arbeitsweise weitestgehend durchgesetzt. Systeme sind im therapeutischen Ansatz ein weit gefasster Begriff. Als Systeme gelten Familien, Klassenverbände, Freundeskreise, Vereine, die Gesellschaft und auch der einzelne Mensch. Systeme werden nicht als statisch und klar abgrenzbar betrachtet:

»Soziale Systeme lassen sich demnach definieren als Komplexe von Mitgliedern, die einen thematisch gefassten Sinn verwirklichen. Ohne Menschen gibt es weder Mitglieder noch soziale Systeme, doch als die komplexere Einheit kann der Mensch jederzeit seine Mitgliedschaften verändern oder gar ›aufkündigen« (vgl. Ludewig 1992, S. 81).

Kernpunkt des systemischen Ansatzes ist es, den Menschen in Bezug auf sein Umfeld zu begreifen. Es wird nicht von »ideologisierten«, »indoktrinierten« oder »verrückten« Menschen ausgegangen. Auffälliges, beziehungsgefährdendes, gewalttätiges oder regelbrechendes Verhalten wird vielmehr als Strategie im Umgang mit den Anforderungen (und bisweilen Zumutungen) der Umwelt angesehen. Was sich in einem System (z. B. Familie) als Strategie, um die eigenen Bedürfnisse zu befriedigen und im System zurecht zu kommen bewährt hat, kann in einem anderen System (z. B. Schule) nicht in der bisher bekannten, vertrauten Art und Weise funktionieren. Das bedeutet, dass deviantes Verhalten bei Jugendlichen in der Regel auch Aufschluss darüber gibt, dass sie sich im Konflikt mit einem der Systeme oder mehreren Systemen befinden oder eine sehr schwierige Position in diesen einnehmen.

So stellen sich mit dem systemischen Ansatz in Bezug auf islamisch begründeten Extremismus z. B. folgende Fragen:

- ▶ Mit welchen Überzeugungen ist die Person aufgewachsen?
- ▶ Wie gut ist sie in Systeme eingebunden und erlebt sie sich in diesen als aktiv gestaltend? Was ist ihre Rolle im System? Welche Aufträge und Leitsätze sind ihr mitgegeben worden?
- ▶ Mit welchen verschiedenen Rollenzuschreibungen sind Personen in verschiedenen Systemen konfrontiert? Wie reagieren sie darauf? Gelingen ihnen Rollenwechsel?
- ▶ Inwiefern ist die Radikalisierung einer Person als eine maladaptive Strategie im Umgang mit Problemen und Herausforderungen in ihren Systemen (Schulversagen, Trennung der Eltern, Probleme in der Familie, Rassismus-, Klassismus- oder Mobbing Erfahrungen) zu verstehen?

Der systemische Ansatz geht davon aus, dass für eine gelungene Deradikalisierung die Systeme als Teil der Ursache, aber auch als Chance zum Ausstieg mit in den Blick genommen werden müssen und arbeitet mit dem Grundsatz: Wenn sich eine Person im System ändert, ändert sich das ganze System.

Dabei muss noch einmal zwischen zwei Arbeitsweisen unterschieden werden:

1. Die Beratung konzentriert sich auf die Person, greift die Systeme aber thematisch in der Beratung auf und zeigt alternative Systeme (Wohngruppe, Moscheen etc.) auf.¹⁵
2. Die Beratung bezieht die Systeme (vorrangig Familie, Freund*innen und Schule) in die Beratung mit ein, berät Eltern und Pädagog*innen in Hinblick auf Erziehung und Vorgehen in der Beziehungsgestaltung, bietet psychologische Beratung für das Umfeld oder Angehörigengruppen. Dadurch soll das System gestärkt werden, ebenso sollen sich die Beziehungen zur radikalisierten Person sukzessive verbessern – um dieser so den Ausstieg aus dem System islamisch begründeter Extremismus zu ermöglichen.

Der systemische Ansatz gilt seit ein paar Jahren nicht nur in der Präventionsarbeit als »State of the Art«, und »systemisch arbeiten« ist ein verbreitetes Schlagwort im Bereich der Pädagogik und der sozialen Arbeit, wie auch die Übersicht über die Beratungsstellen am Ende dieser Expertise zeigt. Zudem sind diverse Unterströmungen, etwa der narrative Ansatz entstanden. Es ist allerdings unklar, ob dieser Ansatz besser greift als andere Ansätze. Fraglich ist außerdem, wie viele Träger – abgesehen von einigen wenigen wie z. B. der Beratungsstelle HAYAT, die ihren Ansatz klar formuliert und in diesem Bereich Maßstäbe gesetzt hat (vgl. Linea & Dantschke, 2016) – dem Anspruch »systemisch arbeiten« tatsächlich gerecht werden. Zum einen geben einige Beratungsstellen nur einzelne Mitarbeiter*innen als in diesem Ansatz ausgebildet an und ihre Websites, Flyer oder Publikationen erläutern die Herangehensweise nicht näher. Zum anderen ist der systemische Ansatz in der Prävention von islamisch begründetem Extremismus voraussetzungsreicher als im Setting von z. B. Coaching. Es gilt also, die Ideen des Ansatzes für die Prävention zu modifizieren und spezifizieren.

¹⁵ »Die ambulante Einzeltherapie galt lange Zeit zu Unrecht als unvereinbar mit dem systemischen Ansatz. Dies ist weder rational noch empirisch begründet, da systemisches Arbeiten im Unterschied zu Individual- und Familientherapien kein spezifisches Setting vorschreibt. Zum einen suchen viele vereinsamte Menschen therapeutische Hilfe, zum anderen sind bei weitem nicht alle Kunden bereit, ihre Familie oder Angehörige in die Therapie einzubeziehen. Dabei muss jedoch beachtet werden, dass diese sehr unterschiedliche Voraussetzungen sind. Im ersten Fall geht es um eine regelrechte Einzeltherapie, im zweiten repräsentiert der Kunde ein Problemsystem, dessen übrige Mitglieder zwar nicht direkt, aber durch die Äußerungen des Kunden anwesend sind.« (Ludewig 1992, S.108)

1.5 Zum theologischen Ansatz

Bändeweise Literatur existieren zu der Frage, wie viel Islam im islamisch begründeten Extremismus steckt. Die Ansichten bewegen sich zwischen den beiden Polen »der islamisch begründete Extremismus ergibt sich folgerichtig aus dem Koran bzw. der Geschichte des Islam« und »der islamisch begründete Extremismus ist eine politische Ideologie, die auf den Islam Bezug nimmt aber nichts mit der Religionslehre und -praxis der diversen Strömungen zu tun hat« (vgl. Biskamp, 2020). Daran schließt sich die Auseinandersetzung an, ob islamische Theologie in der Präventionsarbeit auf allen Ebenen eine Rolle spielen sollte oder nicht. Der theologische Ansatz zielt dabei auf verschiedene Formate:

- ▶ In Form des islamischen oder interreligiösen Unterrichts an Schulen soll Jugendlichen die Gelegenheit gegeben werden, die Diversität islamischer Theologie kennen zu lernen, einen respektvollen Umgang mit Menschen anderer Religionen zu üben und sich Fähigkeiten im religiösen Argumentieren in politischen Settings anzueignen.
- ▶ Durch den Einbezug von oder Vernetzung mit muslimischen Institutionen wie Moschee-Gemeinden, der Islamkonferenz und auch Imamen sollen Präventionsangebote erweitert und bereichert werden.
- ▶ Durch dezidiert theologische Präventionsangebote soll Jugendlichen, insbesondere in der Distanzierungsarbeit, die Gelegenheit gegeben werden, ihre weiterhin bestehenden religiösen Fragen mit darin versierten Menschen besprechen zu können. Zudem wird davon ausgegangen, dass radikalisierte Jugendliche einen Imam oder andere muslimische Autoritäten eher akzeptieren.

Mehrere Träger berichten von Erfolgen mit diesem Ansatz. Andere Träger plädieren dafür, Theologische Diskussionen nicht zum Thema in der Prävention zu machen. Zu den Vorteilen des Ansatzes gehören neben dem Einbezug der muslimischen Communities vor allem das Veranschaulichen alternativer Wege islamisch zu leben sowie umfassende Einsichten in die Diversität islamischer Theologie und Geschichte. Theologisch hochinteressierte Radikalisierte¹⁶ können damit gut erreicht werden.

Dennoch scheint die Kritik am Ansatz nicht unbegründet: Zum einen stellt sich die Frage, warum Radikalisierte im Umfeld des islamisch begründeten Extremismus, die ja gerade die Deutungshoheit darüber, was der »wahre Islam« ist, für sich beanspruchen und darüber hinaus andere Muslime aufgrund ihres Lebensstils oder ihrer politischen Ansichten als »kafir«¹⁷ bezeichnen, für die Imame ansprechbar sein sollten. Sie sehen sich selbst als die »besten Muslime«, als »Übermuslime«.¹⁸ Zum anderen geht die Attraktivität des islamisch begründeten Extremismus nicht zuletzt von seiner politischen Bezugnahme, dem versierten Einsatz von Social Media und den als »charisma-

¹⁶ Wie z. B. Dominic Musa Schmitz, vgl. derselbe, »Ich war ein Salafist. Meine Zeit in der islamistischen Parallelwelt«, 2016.

¹⁷ Arab. für »Ungläubige«.

¹⁸ »Der Islamismus hat eine Fiktion geschaffen, die auf alles verführerisch wirkt, was über ein grundsätzlich unauthentisches Ich hinausgeht: Die Fiktion eines uranfänglichen Über-Ichs, das sich im Übermuslim verkörpert.« (Fethi Benslama, »Der Übermuslim – Was junge Menschen zur Radikalisierung treibt«, 2017).

tisch« beschriebenen Führungspersonen aus – all dem, was gerade Jugendliche an den traditionellen Strömungen des Islam vermissen.

Besonders die Einbeziehung muslimischer Organisationen und Moscheegemeinden ist in der Diskussion. Charchira zum Beispiel betont, dass muslimische Gemeinden in vielen Projekten wichtige Kooperationspartner sind und die türkische Gemeinde ein Netzwerk von muslimischen Trägern gegen religiös begründeten Extremismus aufbauen konnte, in dem unter anderem die IGS (Islamische Gemeinschaft der schiitischen Gemeinden Deutschlands) und die Ahmadiyya Muslim Jamaat vertreten sind. Darüber hinaus habe DITIB¹⁹ sich mit dem Projekt »Islamische Jugend – friedliche Zukunft!« in der Präventionsarbeit engagiert (vgl. Charchira, 2017).

Ahmad Mansour hat gerade im Hinblick auf die genannten Verbände zu Bedenken gegeben, dass auch sehr autoritär strukturierte, demokratiefeindliche muslimische Verbände in die Prävention einbezogen würden.²⁰ Er fordert für den Einbezug muslimischer Gemeinden in Präventionsarbeit klare Ansprüche und Standards (vgl. Mansour, 2016). Gleichwohl unterstreicht er aber die Chancen, die sich aus einer beidseitig reflektierten Zusammenarbeit ergeben.

¹⁹ Diyanet İşleri Türk İslam Birliği, Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion, seit 2018 vom Verfassungsschutz beobachtet.

²⁰ So steht die IGS unter anderem dafür in der Kritik, dass sie vom Islamischen Zentrum Hamburg (IZH) begründet und maßgeblich beeinflusst wurde. Das IZH wird vom Verfassungsschutz beobachtet.

2

Zielgruppen in der Präventions- und Interventionsarbeit

2 Zielgruppen in der Präventions- und Interventionsarbeit

2.1 Zielgruppen in der Prävention und politischen Bildung

Wie bereits ausgeführt, ist Primärprävention grundsätzlich erst einmal allgemein und richtet sich an alle Mitglieder der Gesellschaft. Werden hier Zielgruppen definiert, dann zumeist entlang von Alter, Wohnort, Interessen oder Beschäftigung. So kann Primärprävention an Schulen oder in Jugendclubs angeboten werden, in Form diverser Workshopformate, die alle Jugendlichen ansprechen, die sich für ein bestimmtes Thema interessieren, oder auf eine bestimmte Altersgruppe beschränkt sein (z. B. Jugendliche von 14 bis 20).

In der Sekundär-, teilweise aber auch Primärprävention, kann aber auch ein *zielgruppenspezifischer* Ansatz verfolgt werden, was heißt eine bestimmte Zielgruppe in den Blick zu nehmen, die als stärker gefährdet für den Radikalisierungsprozess betrachtet wird. Beispiele hierfür wären Präventionsangebote im Bereich des Rechtsextremismus, die vorrangig im ländlichen Raum in Ostdeutschland arbeiten, aber auch Präventionsangebote im Bereich des islamisch begründeten Extremismus, die sich vorrangig an Schulen in Städten mit hoher Anzahl von Salafisten wenden, an Jugendclubs in denen Jugendliche begeistert von Salafisten berichtet haben oder solche, die Projekte und Workshops für muslimische Jugendliche anbieten. Dieser Ansatz ist sehr umstritten.

Die Befürworter*innen argumentieren damit, dass zielgruppenspezifische Angebote die Möglichkeit bieten, genau die Themen und Probleme zur Sprache zu bringen, die radikalierungsgefährdete Jugendliche gerade beschäftigen, also im Gegensatz zu offenen Angeboten passgenau zugeschnittene Formate zu entwickeln. Im Fokus stehen Zielgruppen, bei denen bereits von einer bestehenden Faszination für den Extremismus ausgegangen wird und bei denen mittels Angebot eine Bereitschaft zur Auseinandersetzung gefördert werden soll (vgl. Schau, Jakob & Milbradt, 2020).

Kritiker*innen des zielgruppenspezifischen Ansatzes sehen schon in der Beschreibung und Verortung der Zielgruppe das Problem und nicht erst dann, wenn bestimmten Gruppen per se unterstellt wird, gefährdeter zu sein, also zum Beispiel hauptsächlich muslimische jugendliche Adressaten von Präventionsangeboten zum Thema islamisch begründeter Extremismus werden. Auch die beschriebene regionale Zuordnung wird als stigmatisierend gesehen – sei es in der Form, Schulen im Osten pauschal ein Rechtsextremismus-Problem zu unterstellen oder islamisch begründeten Extremismus zuerst an Schulen in Neukölln zu vermuten. In der Praxis zeigt sich, dass Jugendliche diese Form der Zielgruppenspezifika häufig als stigmatisierend erleben (vgl. Baer, Groß & Jäger 2020).

Gleichwohl bleibt es für die Arbeit im Bereich der Primär- und Sekundärprävention sowie in der politischen Bildung eine Notwendigkeit, Adressatengruppen zu bestimmen, um geeignete Angebote und Konzepte entwickeln zu können. Die Frage ist aber, ob bei der Zielgruppenbestimmung (unterstellte) Defizite einzelner Personen, Personengruppen oder Stadtteile ausschlaggebend sein sollten oder nicht eher die Frage nach Erreichbarkeit, Anliegen und gemeinsamen Interessen oder Orten.

In der Tertiärprävention (indizierten Prävention) ist die Zielgruppe insofern offensichtlich, als sie bereits radikalisierte Personen eines bestimmten Extremismus in den Blick nimmt. Wenn hier Zielgruppen oder Adressaten formuliert werden, geht es um die Frage, ob die radikalisierte Person oder ihr Umfeld adressiert werden. So kann eine Beratungsstelle ein Angebot an Personen stellen, die die extremistische Szene verlassen wollen oder erste Zweifel haben, indem sie zum Beispiel aufsuchende Arbeit in Justizvollzugsanstalten anbietet, oder mittels einer anonymen Hotline Personen, die sich aus der extremistischen Szene lösen wollen oder denen zumindest erste Zweifel gekommen sind, ein Angebot macht, sich niedrigschwellig beraten zu lassen.

Andere Beratungsstellen bieten Clearing oder Unterstützung für Fachkräfte, die im Rahmen ihrer Arbeit in z. B. Jugendclubs oder in der Schule Kontakt zu einer potenziell radikalisierten Person haben. Hier geht es vor allem darum, zu klären, ob tatsächlich eine Nähe zum Extremismus gegeben ist, wie im Rahmen einer Gruppe von Jugendlichen damit umgegangen werden kann und welche weiteren Schritte gegebenenfalls einzuleiten sind.

Einige Beratungsstellen – z. B. Hayat – arbeiten bewusst mit der Familie, insbesondere der Kernfamilie von extremistischen Personen. Claudia Dantschke begründet die Wahl der Zielgruppe damit, dass wirkungsvolle Deradikalisierungsprozesse Bindung voraussetzen, die bei der Familie eher gegeben ist als zu völlig unbekanntem Personen.²¹ Die bestehenden Beziehungen der radikalisierten Person werden also genutzt, um indirekt über die Familie auf sie einwirken zu können.

2.2 Phänomenübergreifender Ansatz

Der Phänomenübergreifende Ansatz nimmt nicht einen Extremismus in den Blick, sondern arbeitet präventiv im Hinblick auf Rechtsextremismus sowie islamisch begründeten Extremismus. Dabei sollen sowohl die Erkenntnisse aus der Rechtsextremismusprävention für die Arbeit im Themenfeld islamisch begründeter Extremismus nutzbar gemacht werden als auch Bezug auf die Gemeinsamkeiten der beiden Extremismen genommen werden. In Bezug auf phänomenübergreifende Prävention werden also die Ebenen

- ▶ Ähnlichkeiten in Radikalisierungsprozessen und
- ▶ Ähnlichkeiten, gemeinsame Themen und Wechselwirkungen der beiden Extremismen betrachtet.

²¹ »Ich kann nicht irgendjemanden beeinflussen oder auf ihn einwirken, wenn ich keine Bindung zu ihm habe, d. h. um einen Radikalisierungsprozess zu stoppen oder vielleicht auch umkehren zu können, ist immer zuerst Bindungsarbeit erforderlich. Es muss erst eine Beziehung aufgebaut werden. Der Zugang über die Familie hat eine andere Qualität als der direkte Kontakt zu uns. Denn Jugendliche lassen sich etwas, dass sie positiv stimmt, das ihnen vermeintlich guttut, nicht von fremden Leuten ausreden. Das Problem ist aber, dass die Beziehung zur Familie oft konfliktuell ist. Das bedeutet, wir müssen zuerst bei diesen Konflikten ansetzen.« (Claudia Dantschke (Interview), »Die Rolle der Angehörigen in der Radikalisierungsprävention« in: Jana Kärger »Denn sie haben keinen Plan B«.

Ähnlichkeiten in den Radikalisierungsprozessen umfassen Desintegrations- und Krisenerfahrungen. Zum einen sind damit mangelnde Ausbildungs- und Job-Perspektiven gemeint, zum anderen aber auch Erlebnisse der Nichtanerkennung und Nichtzugehörigkeit.²² Aber auch das Alter, in dem Hinwendungsprozesse vermehrt auftreten, ist bei beiden Extremismen dieselbe: Die Hinwendung findet im Jugendalter statt. Und auch die Attraktivität des Versprechens, Teil einer Gruppe zu sein, die sich durch besondere Verbundenheit auszeichnet, findet sich phänomenübergreifend (vgl. Glaser, 2017).

Die inhaltlichen Überschneidungen von Rechtsextremismus und islamisch begründetem Extremismus erschöpfen sich nicht nur in den eher strukturellen Punkten »gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit« und »autoritäre Strukturen«. Vertreter*innen beider Extremismen formulieren Verschwörungsideologien (zuletzt insbesondere zum Corona-Virus). In beiden Extremismen ist Antisemitismus virulent, wobei zunehmend dazu tendiert wird, diesen nicht auf prominenten Kanälen allzu deutlich zu formulieren, sondern in antizionistische oder verschwörungsideologische Inhalte zu verpacken oder die Shoah zu relativieren. Daneben gibt es auch Überschneidungen in Bezug auf die Themen Gender und Sexualität. Beide Extremismen formulieren starre Geschlechterbilder, idealisieren die Familie und beschreiben queere Identitäten, Gender-Mainstreaming und Feminismus als große Bedrohung für die Gesellschaft. Zudem können beide Extremismen als versiert im Umgang mit sozialen Medien und jugendkulturellen Ansätzen gelten. Gleichwohl ist es wichtig, den wesentlichen Unterschied nicht aus dem Blick zu verlieren: Während der Rechtsextremismus, auch in seinen aktuellen Strömungen, eine ethnisch homogene Gesellschaft anstrebt, versteht sich der islamisch begründete Extremismus als Vorreiter im Kampf gegen eine rassistische Gesellschaft und offen für alle Menschen, sofern sie nur den »wahren Islam« praktizieren (vgl. Baer, Groß & Jäger, 2020; Baaken & Ruf, 2018).

Das vielleicht wichtigste Argument für phänomenübergreifendes Arbeiten ist die Tatsache, dass sich beide Extremismen in ihren Bemühungen, Jugendliche zu erreichen, aufeinander beziehen. Jeder Übergriff oder Terroranschlag einer extremistischen Szene kann in der jeweils anderen wochen- oder monatelang zum Thema gemacht und zur Untermauerung der eigenen ideologischen Weltanschauung genutzt werden. Es ist also naheliegend, diesen »Kampf der Extremismen« mit Jugendlichen auch zu thematisieren. Daneben bedeutet ein phänomenübergreifender Ansatz die Vermeidung von Stigmatisierung: Die Vorannahme, Rechtsextremismus finde sich ausschließlich im Raum Ostdeutschland und islamisch begründeter Extremismus sei ein Problem »migrantisch geprägter Viertel« wie Berlin-Neukölln, bedeutet für jugendliche Teilnehmer*innen in Workshops, schon von vornherein als prädestiniert für einen spezifischen Extremismus gelesen zu werden.

Kritik am Ansatz entzündet sich vorrangig an der allgemeinen Diskussion um den Extremismusbegriff, wie bereits beschrieben, birgt dieser die Gefahr, die Phänomene

²² So geben viele rechte und rechtsextreme Jugendliche – aber auch Erwachsene – in den neuen Bundesländern an, sie fühlten sich »als Ossi« als Bürger zweiter Klasse. An dieser Erfahrung setzen rechtspopulistische bzw. rechtsextreme Gruppierungen und Parteien in ihrer Propaganda in den neuen Bundesländern an. Gruppierungen des islamisch begründeten Extremismus wiederum thematisieren regelmäßig rassistische Übergriffe sowie antimuslimische Äußerungen von Politiker*innen und docken damit an Diskriminierungserfahrungen an.

nicht mehr auf ihren Inhalt hin zu betrachten, sondern es bei der Suche nach strukturellen Gemeinsamkeiten zu belassen, die sich notwendig aus ihrer Opposition zum Staat ergeben. Daneben ist aber auch der Vorwurf formuliert worden, in der phänomenübergreifenden Betrachtung liege die Gleichsetzung der Extremismen auch in ihrer akuten Bedrohung für die Gesellschaft und würde damit verschleiern, welcher Extremismus jedes Jahr die meisten Opfer fordere – der Rechtsextremismus. Ein Einwand dazu wäre, dass in einer Präventionslandschaft, die zunehmend auf islamisch begründeten Extremismus fokussiert, der phänomenübergreifende Ansatz eine Möglichkeit darstellt, Rechtsextremismus weiterhin zu thematisieren – eben auch als einen Verstärker für den islamisch begründeten Extremismus insbesondere in der Rekrutierung von Jugendlichen.

2.3 Fachkräfte als Zielgruppe

Pädagogischen Fachkräften in allen Bereichen – sei es Schule, Jugendclub, betreutes Wohnen usw. – wird im Zusammenhang mit Radikalisierung im Bereich des islamisch begründeten Extremismus eine besondere Bedeutung zugesprochen: Sie sind im direkten Kontakt mit den Kindern und Jugendlichen. Von ihnen wird erwartet, Warnzeichen zu erkennen, ernst zu nehmen und adäquat darauf zu reagieren. Gleichwohl sind Radikalisierungsprävention und islamisch begründeter Extremismus nicht Gegenstand ihrer Ausbildung. Zwar stehen ihnen mit den Beratungsstellen Hilfsangebote zur Verfügung, sie stehen aber als direkte Kontaktpersonen vor der Aufgabe, eine erste Einschätzung vorzunehmen und damit vor der Herausforderung, weder zu bagatellisieren noch zu dramatisieren. Von Fachkräften wird also erwartet, auch »Spezialthemen«, sei es Suchtprävention, Gesundheitserziehung oder Rechtsextremismus bzw. islamisch begründeten Extremismus, zu bearbeiten. Es kann allerdings nicht davon ausgegangen werden, dass diese alle und vor allem gleichermaßen tief behandelt werden. Ob Spezialwissen erworben wird, welches Wissen und in welchem Umfang, hängt von den Ressourcen der Fachkräfte ebenso ab wie von der Ausrichtung der Einrichtung (vgl. Palloks, 2009). Die gesellschaftliche Anforderung, sich zusätzlich zum Alltagsgeschäft vertiefend in Themen einzuarbeiten, bedeutet für Fachkräfte einen enormen Druck, umso mehr, wenn es sich dabei um Fachwissen zu Extremismus handelt.

In der Präventionsarbeit und politischen Bildung wiederum finden sich sowohl Personen, die Islamwissenschaft oder Politikwissenschaft studiert und sich im Zuge dessen auch auf den Bereich islamisch begründeter Extremismus spezialisiert haben als auch Personen, die ein Studium der Sozialen Arbeit oder Sozialpädagogik durchlaufen haben. Selten sind Personen mit Expertise in beiden Fachbereichen vorzufinden. Viele Träger und Projekte standen und stehen bei ihrer Konzeptentwicklung vor der Aufgabe, das Wissen aus beiden Disziplinen sinnvoll zu verbinden. Das ist nicht immer leicht. Schon innerhalb des Arbeitsfeldes politische Bildung und Primärprävention von islamisch begründetem Extremismus wird deshalb für mehr Austausch und Vernetzung plädiert.

Diverse Angebote der Präventionslandschaft richten sich wiederum an Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe. Der Wissenstransfer zu Grundlagen über den Islam, islamisch begründetem Extremismus und seinen Ausdrucksformen allein reicht Fachkräften der

Kinder- und Jugendhilfe und der politischen Bildung in der konkreten Arbeit mit Kindern und Jugendlichen allerdings nicht. Sie brauchen darüber hinaus Wissen darüber, wie Akteure des islamisch begründeten Extremismus Jugendliche zu erreichen versuchen, welche Themen des Jugendalters sie bedienen, an welchen gesellschaftlichen Diskursen sie anknüpfen und – vor allem – welche konkreten Ansätze und Methoden der Präventionsarbeit mit Jugendlichen eingesetzt werden können.

Das verschafft ihnen zudem schnellere Handlungskompetenz als in Vorträgen vermitteltes theoretisches Wissen, das sie sich anschließend selbstständig in Konzepte und Angebote für Jugendliche übersetzen müssen. Begrüßenswert sind hier die Formate zahlreicher Konferenzen der Bundeszentrale für politische Bildung, auf denen neben Vorträgen auch immer Methodenworkshops angeboten und konkrete Projekte vorgestellt werden, die praxisnahen Weiterbildungsreihen des Arbeitskreises Deutscher Bildungsstätten²³ sowie die Materialien und Methodenvermittlungsworkshops einzelner Träger wie Ufuq e. V., Cultures Interactive e. V. und der Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus (KlgA).

Fachkräfte und Träger der politischen Bildung und Präventionsarbeit sollten sich verstärkt in der Verantwortung sehen, konkrete Methoden, Ansätze und Erkenntnisse niedrigschwellig an Fachkräfte der Jugendhilfe zu vermitteln.

²³ Z. B. die Fortbildungsreihe zum Phänomenübergreifenden Ansatz 2019
https://www.adb.de/download/termine/Handzettel%20FoBi%20Reihe%202019_1.pdf

3

Fachliche Grundlagen der Präventionsarbeit

3 Fachliche Grundlagen der Präventionsarbeit

3.1 Grundprinzipien der Präventionsarbeit

Regelmäßig wird nach verbindlichen Standards in der Prävention und politischen Bildung gefragt. Dabei sind einheitliche Standards schwierig festzuschreiben und werden der Bandbreite und Diversität der Angebote und Träger nur teilweise gerecht. Und schließlich ist es trotz zunehmender Aktivität im Handlungsfeld Evaluation vor allem in der Primär- und Sekundärprävention nicht leicht, Wirkungen und Erfolge zu ermitteln und angemessen darzustellen.

Was sich aber im Fachdiskurs durchgesetzt hat, sind generelle Grundprinzipien von guter Praxis in der Präventionsarbeit und politischen Bildung mit Jugendlichen. Diese lassen sich anführen als:

- ▶ Clearing und Auftragsklärung
- ▶ Vertraulichkeit
- ▶ Freiwilligkeit
- ▶ Kritisch-zugewandte Haltung
- ▶ Niedrigschwelligkeit
- ▶ Überwältigungsverbot

Clearing und Auftragsklärung

Am Anfang eines Beratungsprozesses oder einer Präventionsmaßnahme sollte unbedingt ein Clearing stehen, also eine Abklärung, die ermitteln soll, ob und inwieweit eine Hinwendung zu extremistischen Haltungen eingetreten ist und welchen gemeinsamen Auftrag die Mitarbeitenden, die*der jeweiligen Klient*in und die umgebende Institution unter einander vereinbaren können. Diesem Clearing kommt für Interventionen der Deradikalisierung besondere Bedeutung zu. Im Hinblick auf islamisch begründeten Extremismus zeigen Ergebnisse von Beratungs-Hotlines, dass die Tendenz besteht, hier schneller Radikalisierung zu attestieren, als dies bei rechtsextremen Einstellungen der Fall ist. Strenge Religionsauslegung, provokative Aussagen, ein verweigerter Handschlag mögen befremdlich wirken, sind aber nicht per se Zeichen eines Radikalisierungsprozesses. Gleichwohl ist pädagogischen Fachkräften viel zugemutet, wenn von ihnen verlangt wird, sicher zwischen religionssensiblen Herangehensweisen und dem Erkennen von Radikalisierung zum Schutz der Allgemeinheit navigieren zu können. Hier können Programme wie das Clearing-Verfahren und ClearTeach²⁴ helfen, mehr Handlungssicherheit zu schaffen. Darüber hinaus bieten diverse Beratungsstellen und Träger Clearing oder Fortbildungen zum Thema »Radikalisierung erkennen« an.

Vertraulichkeit

Politische Bildung, Prävention und Beratung, insbesondere aber die langwierigen Prozesse der Deradikalisierung, erfordern das persönliche Vertrauen seitens der

²⁴ <https://www.clearing-schule.de/>

Klient*innen. Dies kann nur gewährleistet werden, wenn die Fachkräfte glaubwürdig die *Vertraulichkeit* für die gemeinsame Arbeit versichern können. D. h. die adressierten Personen müssen davon ausgehen können, dass persönliche Daten und Informationen nicht weitergegeben werden. Und dieser Persönlichkeitsschutz muss umfassend sein, d. h., er muss hinsichtlich anderer Jugendlicher, Eltern, Lehrer*innen, aber vor allem auch der Behörden, gelten. Transparenz gegenüber den Klient*innen muss insbesondere bezüglich der Grenzen der Vertraulichkeit gewährleistet werden. Diese sind durch Situationen gegeben, in denen Gefahr in Verzug ist, sowie im Falle einer gerichtlichen Ladung in den Zeugenstand. Denn es besteht derzeit kein Zeugnisverweigerungsrecht für Sozialarbeiter*innen bzw. Ausstiegshelfer*innen.

Eine generelle Voraussetzung für die Gewährleistung von Vertraulichkeit ist z. B., dass die eingesetzten Fachkräfte keiner Berichtspflicht ad personam an die jeweilige Institution unterliegen oder weisungsgebunden sind (z. B. in Bewährungshilfe, Schule, Strafvollzug). Die schwierige Aufgabe, mit der oft sehr von Misstrauen, Enttäuschung, Angst und Aggression geprägten Zielgruppe einen persönlichen Vertrauensbezug herzustellen, kann am ehesten dann geleistet werden, wenn externe, nicht-staatliche und selbstständig praktizierende Fachkräfte eingesetzt werden. Das sind in der Regel speziell ausgebildete Praktizierende, die innerhalb der Institutionen in unabhängiger Weise arbeiten, wobei es ihnen immer auch um ein gutes Einvernehmen mit den Vertreter*innen der jeweiligen Institutionen geht (vgl. Weilnböck & Uhlmann, 2018).

Freiwilligkeit

In der Prävention, etwa im Rahmen von Schulen, ist Freiwilligkeit nicht immer gewährleistet, ihr kommt aber eine große Bedeutung zu: Die adressierte Person sollte – zumindest nach einer Phase der fremdinitiierten und -motivierten Inanspruchnahme – freiwillig und eigenmotiviert an dem Prozess teilnehmen. Letztlich fußt das auf derselben Annahme wie die Voraussetzungen für eine gelungene Psychotherapie: Eine Person, die sich nicht frei und aus eigener Motivation auf den Prozess einlässt, die also keine persönlichen Beweggründe und Änderungsbereitschaft mitbringt oder im Zuge der ersten Sitzungen entwickelt, wird auch mit guten Ansätzen und Absichten nicht zu erreichen sein. Freiwilligkeit bzw. Eigenmotivation gewährleistet einen Prozess auf Augenhöhe und ermöglicht den Teilnehmenden einen selbstbestimmten Zugang. Dennoch hat das Paradigma der Freiwilligkeit in den letzten Jahren eine gewisse Modifikation gefunden. Es kann als gesichert gelten, dass auch unfreiwillig initiierte Beratungsprozesse Erfolge zeitigen können, wenn eine Eigenmotivation zur Mitwirkung im gemeinsamen Arbeitsprozess erarbeitet werden kann.

Kritisch-zugewandte Haltung

Insbesondere in der Deradikalisierung- bzw. Distanzierungsarbeit ist es wichtig, dass die Leiter*innen in ihrer Grundhaltung eine *kritisch-zugewandte Haltung* einnehmen, die sowohl akzeptierend als auch konfrontativ ist (und damit der ungünstigen Polarisierung vorbeugt, die durch eine immer wiederkehrende pädagogisch-ideologische Debatte hierüber häufig gegeben war). Dies bedeutet, dass die Teilnehmenden als Personen akzeptiert und in ihrem aufrichtigen, subjektiven Bemühen respektiert werden, dass aber auch die Konfrontation mit deren Ansichten oder Handlungsweisen nicht gescheut wird. Konkret bedeutet es, die Person nicht eindimensional als bloßes Opfer ihrer Lebensverhältnisse oder aber als Täter wahrzunehmen; nicht Abscheu zu

zeigen oder die Beziehung aufzukündigen, wenn die Person menschenverachtende Äußerungen von sich gibt, diese wiederum aber auch nicht zu übergehen. Das ist voraussetzungsreich, bedeutet es doch für die Fachkraft, sich selbst als Person ein ganzes Stück weit zurück zu nehmen und insbesondere emotionale Abwehrreaktionen und moralische Wertungen zu vermeiden.

Niedrigschwelligkeit

Das Prinzip, niedrigschwellige Angebote zu entwerfen, stellt sicher, dass die Angebote die Adressaten erreichen. Damit ist zum einen gemeint, dass Angebote geschaffen werden, die insbesondere für Jugendliche tatsächlich auch örtlich erreichbar sind, indem sie in der Schule oder im Jugendclub vor Ort stattfinden und die Jugendlichen dort aufsuchen oder indem Beratungsstellen und Hotlines geschaffen werden, die barrierefrei und gut erreicht werden können. Auch die Möglichkeit für anonyme Anrufe oder Anfragen sichert Niedrigschwelligkeit. Zum anderen sollten die Angebote selbst in ihrer Konzeption so beschaffen sein, dass sie nicht überfordern. Das bedeutet für die Deradikalisierung, sich auf einen langen Prozess einzustellen, der die Adressaten da abholt, wo sie gerade stehen und sie nicht mit dem Anspruch auf schnellstmögliche Abgrenzung von der extremistischen Szene überfordert. Für die Primär- und Sekundärprävention bedeutet ein niedrigschwelliger Ansatz, Methoden und Formate zu entwickeln, die die Jugendlichen auch intellektuell nicht überfordern, sondern bei ihnen und ihrer Lebenswelt ansetzen, auch deren Lebenswelt und Interessen widerspiegeln und nicht die der Fachkräfte, wenn sie junge Menschen tatsächlich erreichen sollen. Auch wenn der Begriff der »Jugendkultur« nicht mehr zeitgemäß ist und von Jugendlichen auch gar nicht mehr verstanden wird, bewähren sich nach wie vor Workshop-Formate, in denen Phänomene wie YouTube, HipHop oder Skateboarding als jugendliche Ausdrucksformen aufgegriffen werden.

Überwältigungsverbot und Kontroversen

Mit dem oft zitierten »Beutelsbacher Konsens« sind die 1976 auf einer Konferenz der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg gefassten Beschlüsse gemeint, die sich in der politischen Bildung – sei es in Schulen, Workshops oder Gedenkstätten – durchgesetzt haben. Der Beutelsbacher Konsens umfasst folgende Prinzipien:

- ▶ Überwältigungsverbot
- ▶ Was in Wissenschaft und Politik kontrovers diskutiert wird, muss auch in der politischen Bildung kontrovers dargestellt werden.
- ▶ Die Adressat*innen sollen befähigt werden, eine politische Situation und die eigene Interessenlage zu analysieren.²⁵

Das Überwältigungsverbot gebietet, jegliche Form der Indoktrination, also das Erzwingen erwünschter politischer oder ideologischer Haltungen, zu unterlassen. Dazu gehören das Darstellen von Ansichten als Fakten, aber auch emotionaler oder

²⁵ <https://www.bpb.de/die-bpb/51310/beutelsbacher-konsens> Vgl. auch: Sutor, Bernhard, Politische Bildung im Streit um die »intellektuelle Gründung« der Bundesrepublik Deutschland – Die Kontroversen der siebziger und achtziger Jahre auf: <https://www.bpb.de/apuz/26627/politische-bildung-im-streit-um-die-intellektuelle-gruendung-der-bundesrepublik-deutschland>

moralischer Druck.²⁶ Überwältigung findet da statt, wo Jugendliche durch Druck, Androhung von Nachteilen oder Lächerlich-machen ihrer Positionen daran gehindert werden, selbstständig ihre Meinung zu bilden oder zu ändern. Das Verbot ergibt sich konsequent aus dem Prinzip, in der politischen Bildung gesellschaftliche Kontroversen auch als Kontroversen darzustellen, das heißt verschiedene Ansichten zu einem Thema, die zugrundeliegenden Annahmen und ihre Konsequenzen vollumfänglich zu präsentieren, um darüber Jugendlichen die Möglichkeit zu geben, sich selbst nach eigenständigem Abwägen diverser Argumente in der Debatte zu positionieren.

3.2 Datenschutz und Persönlichkeitsrechte

Die Themenfelder Datenschutz und Persönlichkeitsrechte schließen an das Thema des Vertrauens im Beratungsprozess an. Sie sind insbesondere relevant im Bereich der Tertiärprävention, also der Deradikalisierungsarbeit. Hier ergeben sich aber gerade für die Arbeit im Bereich des islamisch begründeten Extremismus Problemlagen: Die Notwendigkeit der Zusammenarbeit mit Sicherheitsbehörden in sicherheitsrelevanten Fällen ist den Trägern bewusst, die Zusammenarbeit ist aber nicht frei von Spannungen. Die *Beratenden* sind der Vertraulichkeit und der Beratung verpflichtet. Diese gewährleistet wie oben geschildert das Vertrauensverhältnis zwischen den Beratungsstellen und der ratsuchenden Person. Insofern suchen sie auch im Fall der Weitergabe von Informationen dieses Vorgehen mit den zu beratenden Personen abzusprechen, im Idealfall Einsicht zu erreichen, so dass die Ratsuchenden sich selbstständig bei den Sicherheitsbehörden melden. Insbesondere die Beratungsstelle HAYAT hat dieses Vorgehen entwickelt und bietet im Beratungsprozess von Anfang an maximale Transparenz.²⁷

Daneben wünschen sich Beratungsstellen seitens der Sicherheitsbehörden mehr Vertrauen in ihre Arbeit insbesondere in den Fällen, in denen Möglichkeiten zur Intervention durch die Beratungsstellen nicht ausreichend mitgedacht werden (vgl. Uhlmann, 2017). Ausdruck fand dieses Misstrauen gegenüber Organisation der Zivilgesellschaft auch in sicherheitsdienlichen Überprüfungen derer Mitarbeiter – selbst bei denen, die vorrangig in der Primär- oder Sekundärprävention tätig sind (vgl. Ruf & Walkenhorst, 2018).

Zugespitzt lässt sich sagen, dass Sicherheitsbehörden fürchten, dass relevante Informationen der Vertraulichkeit geopfert werden, während Beratungsstellen fürchten, dass die vertrauliche Beratung durch Sicherheitsinteressen torpediert wird.

Mithin ist die Problemlage folgende: Die Beratenden sind ihrem Ethos nach sowie in Folge ihrer rechtlichen Regelungen der Verschwiegenheit in der Beratung verpflichtet. Diese Verschwiegenheit gewährleistet, wie oben geschildert, maßgeblich das Vertrauensverhältnis zwischen Beratenden und ratsuchender Person. Die Vertraulichkeit der Gesprächssituation ermöglicht den Austausch auch über sehr persönliche und

²⁶ Z. B. wenn männlichen Jugendlichen, die gegenüber weiblichen Pädagoginnen den Handschlag verweigern, Strafe angedroht und erklärt wird: »In der deutschen Gesellschaft gibt man sich immer die Hand!« oder »Es ist frauenfeindlich, den Handschlag zu verweigern.«

²⁷ <https://hayat-deutschland.de/hayat-deutschland/?c=beratung>

sensible Lebensbereiche (wozu auch begangene Rechtsverletzungen gehören), der unverzichtbar ist, wenn Beratungsprozesse wirksam und erfolgreich sein sollen. Hieraus ergibt sich die Notwendigkeit, auch darüber auskunftsfähig zu sein, in welchen Situationen eine Meldung an die Sicherheitsbehörden erfolgen sollte und wie eine solche Meldung dann im Einzelnen getätigt wird.

Dem steht jedoch die oben erwähnte Unsicherheit über Indikation und Prozedere einer solchen Meldung an die Sicherheitskräfte entgegen. Zudem gibt es in einigen Bundesländern und EU-Mitgliedsstaaten seit wenigen Jahren so genannte gemeinsame Fallkonferenzen, über deren Prozedere und Rollenklärung derzeit nur begrenzte Information erhältlich ist. Auf diesen gemeinsamen Fallkonferenzen tauschen sich Sicherheitskräfte und zivilgesellschaftliche Ausstiegshelfer*innen über namentlich identifizierbare »Fälle«, d. h. Klient*innen, aus, die zuvor als so genannte »sicherheitsrelevante Fälle« eingestuft wurden (was derzeit vorwiegend bzw. weitgehend ausschließlich Fälle des islamisch begründeten Extremismus zu betreffen scheint). Dabei werden auch gemeinsame Einschätzungen des jeweiligen Sicherheitsrisikos bzw. der Rückfallgefährdung der*des Klient*in vorgenommen. Die datenschutzrechtlichen Voraussetzungen hierfür sind seit kurzem geschaffen, indem, gestützt durch eine Richtlinie der EU (2016/680), die Möglichkeit der Aufhebung des persönlichen Datenschutzes bzw. der »freie Datenverkehr« zur »Verhütung, Ermittlung, Aufdeckung oder Verfolgung von Straftaten« eingeräumt worden ist.

In der Regel sollte für Ausstiegsarbeit davon auszugehen sein, dass der Einbezug der Sicherheitskräfte nur dann zu erfolgen hat, wenn unmittelbare Gefahr in Verzug ist bzw. wenn ernstzunehmende Hinweise auf Selbst- und Fremdgefährdung gegeben sind. Die besondere Aufmerksamkeit gilt hierbei einer möglichen Tendenz zu terroristischem Agieren bzw. einer möglichen Suizidneigung der Klient*in. Für die nicht einfache Aufgabe, solche Situationen möglichst gut einzuschätzen, sind die Fachkräfte grundständig vorbereitet; formalisierte Weiterbildungen hierzu stellen einen Bedarf dar und obliegen den verbandlichen Strukturen der zivilgesellschaftlichen Akteure.

Die Notwendigkeit, sich darüber hinaus kontinuierlich zwischen Sicherheitskräften und zivilgesellschaftlichen Fachkräften über Informationen, Wahrnehmungen, Einschätzung und Befürchtungen bezüglich namentlich identifizierten Klient*innen auszutauschen, muss kritisch diskutiert werden, insbesondere da es keine transparenten und fachlich ausgearbeiteten Kriterien und Grundprinzipien einer solchen Zusammenarbeit gibt.

In dieser Spannungslage werden kritische Punkte bezüglich Datenschutz und Zusammenarbeit mit Sicherheitskräften auf drei unterschiedlichen Ebenen sichtbar. Erstens besteht die Sorge um den Schutz der Rechte der Klient*innen, ihrer Familien, des Umfelds und auch über den Beratungsablauf. Zweitens gelten die Bedenken den Präventions- und Ausstiegsprogrammen selbst. Denn die Ausstiegsprogramme können effektiv und nachhaltig wirksam sein, wenn sie glaubwürdig sind in Bezug auf den vertraulichen Umgang mit personenbezogenen Daten der Klient*innen, die sich ihnen anvertrauen. Wenn sich jedoch ein Ausstiegsprogramm in regelmäßigen personenbezogenen Austausch mit Polizei, Justiz und Verfassungsschutz begibt, werden Klient*innen Hemmungen verspüren, sich freiwillig bzw. mit Eigenmotivation in das Programm zu begeben.

Auch um die Weitergabe relevanter Informationen an Sicherheitsbehörden zu sichern, stellen staatliche Stellen Beratungsangebote. Diese erscheinen vielen Ratsuchenden und insbesondere den radikalisierten Personen selber aber häufig wenig vertrauenswürdig. So sind viele Vertreter*innen der Präventionsarbeit der Meinung, dass die Deradikalisierung prominent in der Hand zivilgesellschaftlicher Träger sein sollte – nur diese könnten eine maximale Vertrauenswürdigkeit erzielen. Dies setze aber voraus, dass zivilgesellschaftliche Akteure nicht unter Druck geraten den Sicherheitsbehörden zuzuarbeiten und sich darüber hinaus auf das Zeugnisverweigerungsrecht berufen können (vgl. u. a. Weilnböck & Meilicke, 2018; Handle, Korn & Mücke, 2019).

Die »Versicherheitlichung« der Präventionsarbeit würde eine Vielzahl von Problemen mit sich bringen, die den Zugang zur Zielgruppe verhindern oder erschweren – insbesondere, wenn die Ansätze und Projekte immer von einer zu verhindernden politisch motivierten Straftat aus konzipiert und umgesetzt würden. (vgl. Ceylan & Kiefer, 2013).

3.3 Religionssensibles Arbeiten

Nicht den theologischen Ansatz in der Prävention zu verfolgen, heißt nicht, Religion gar nicht zum Thema in der Präventionsarbeit zu machen. Erfahrungsgemäß wird sie das ohnehin sein. Dabei ergeben sich für die Präventionslandschaft allerdings Schwierigkeiten: Religion gehört nicht per se zur fachlichen Kompetenz des pädagogischen Personals in der politischen Bildung und in der Präventionsarbeit. Einzelne Fachkräfte bringen dies durch ihr Studium mit oder sind selber praktizierende Muslim*innen. Die meisten allerdings nicht.

Weitaus gravierender mag allerdings sein, dass viele Fachkräfte sich selbst als atheistisch oder agnostisch verstehen bzw. die Religion, der sie angehören, nicht praktizieren; auch muss damit gerechnet werden, dass einige von ihnen manchmal dazu neigen, Religion *per se* als Hinweis auf Rückständigkeit oder gar Demokratiefeindlichkeit zu verstehen.

Religionssensibles Arbeiten spricht religiösen Praxen Anerkennung zu und nicht ab. Es bedeutet zu allererst, die Religiosität einer Person als relevanten Teil von ihr und Religion als relevanten Teil der Gesellschaft wahr- und anzunehmen. Dem liegt ein vielschichtiger Religionsbegriff zugrunde, der in der Lage ist, unterschiedliche Dimensionen von Religiosität abzubilden. Dabei werden drei Dimensionen unterschieden – die existenzielle Dimension, womit die Sinnfrage gemeint ist, die religiöse Dimension, die auf die Transzendenz²⁸ verweist, und die konfessionelle Dimension, in der sich die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Glaubensgemeinschaft ausdrückt.

Religionssensibel bedeutet nicht Erziehung zu einer bestimmten Religion, sondern vielmehr der religiösen Diversität Rechnung zu tragen. Weder soll also Religion per se noch einer bestimmten Religion entgegengewirkt werden.

²⁸ Transzendenz meint in Theologie und Philosophie gleichermaßen den Bereich, der außerhalb der möglichen Erfahrung, insbesondere der sinnlichen Erfahrung, liegt, über den keine theoretische Erkenntnis möglich ist.

Religionssensibles Arbeiten im Kontext von Präventionsarbeit im Bereich islamisch begründeter Extremismus steht vor besonderen Herausforderungen:

»Dem Islam« wird von einem signifikanten Teil der Gesellschaft, auch von einigen Politiker*innen und Wissenschaftler*innen, abgesprochen, mit den Werten einer freiheitlich-demokratischen Grundordnung vereinbar zu sein. Sämtliche islamische Konfessionen, Verbände und Praktiken stehen damit unter Generalverdacht.²⁹ Zeitgleich ist in Deutschland das Christentum Teil der gesellschaftlichen Norm, was sich z. B. auch in Feiertagen und Ferienzeiten ausdrückt. Andere religiöse Praxen treffen häufig auf Unverständnis.

Vor diesem Hintergrund begegnen Fachkräfte, die über wenig Wissen über muslimische³⁰ Religionspraxen verfügen und häufig unsicher sind, was ein Radikalisierungsindikator sein könnte, auf Jugendliche, die Diskriminierung aufgrund ihrer religiösen Zugehörigkeit erlebt haben. Dem möchten religionssensible Ansätze in der Prävention begegnen.

Dazu gehört selbstverständlich auch, die Religiosität des*der jeweiligen Jugendlichen nicht zum Gegenstand von Spott oder Kritik zu machen, sondern offen und persönlich interessiert auf ihn zuzugehen.

3.4 Genderreflektiertes Arbeiten

Mädchen* und junge Frauen* wurden über lange Zeit als weniger gefährdet für Radikalisierung und weniger präsent in den Extremismen wahrgenommen. Forschungsergebnisse und Praxiserfahrungen, insbesondere aus den letzten zehn Jahren, zeigen aber nicht nur, dass Frauen* in Rechtsextremismus und islamisch begründetem Extremismus durchaus präsent sind (vgl. u. a. Koettig et al., 2016; Baer, 2017; Fritzsche, 2018), sondern auch, dass sie in der Szene durchaus eine aktive Position einnehmen können. So ist bekannt, dass im Islamischen Staat die Al-Khansa und später die Hafidat-A'isha-Brigade³¹ das Verhalten von Frauen in der Öffentlichkeit überwachte und zur Propagandatätigkeit via Social Media beitrug. Besonders in der Gründungszeit des IS waren auch Frauen an Anschlägen, Kampfhandlungen und Selbstmordattentaten beteiligt (vgl. Hanieh & Rumman, 2018).

Radikalisierungsgründe sind vielfältig. Vorstellungen über Genderrollen können dabei aber eine prominente Rolle spielen, für junge Frauen* und Männer* gleichermaßen. Jungs* können sich im »Abenteuer IS« als »echte Männer« beweisen wollen, durch Zitieren von Koranversen intellektuelle Überlegenheit demonstrieren oder sich von einer Ehe in der Szene eine Beziehung versprechen, in der sie nicht in Frage gestellt werden (vgl. Zick, 2018). Mädchen* sehen im islamisch begründeten Extremismus zum Beispiel

²⁹ Dabei wird, wie unter anderem Mohammad Hassan Khalil zeigte, ein Bild »des Islam« entworfen, das »deckungsgleich ist mit dem Bild des Islam« bei Akteur*innen des islamisch begründeten Extremismus – monolithisch, gewalttätig und darauf ausgerichtet, die ganze Welt unter islamische Herrschaft zu bringen. Vgl. Khalil, 2018.

³⁰ Wenig Wissen besteht ebenso auch zum Judentum, jüdische Menschen stehen aber seltener unter Extremismusverdacht – was nicht bedeutet, sie seien nicht regelmäßig von Antisemitismus betroffen.

³¹ Beides Gruppen, die sich aus Frauen zusammen setzten.

das Versprechen eines Wertekanons, der für beide Geschlechter gleichermaßen gilt³², versprechen sich Sicherheit und Schutz von der Rolle als Hausfrau und Mutter, wollen als Mütter und Ehefrauen von »Löwen« kämpfen oder der Doppelbelastung – Familie und Beruf – entfliehen (vgl. Kulucatan, 2020). Letztlich gilt für alle Jugendlichen, dass sie in ihrer (Geschlechts-)Identität noch unsicher und von den verschiedenen Rollenangeboten und -erwartungen eher überfordert sind. Die verschiedenen Gruppierungen des islamisch begründeten Extremismus versprechen Eindeutigkeit und Sicherheit.

Vor diesem Hintergrund setzt sich genderreflektiertes Arbeiten als Standard langsam durch. Das meint zum einen, in der Primär- und Sekundärprävention spezifische Angebote für Mädchen*- oder Jungs*gruppen zu schaffen. Dies gibt den Jugendlichen die Gelegenheit, Fragen und Unsicherheiten zu besprechen, die sie in einer gemischtgeschlechtlichen Gruppe nicht thematisieren wollen. In Mädchen*gruppen kann zudem durch Empowerment-Arbeit ein wichtiger Impuls gesetzt werden, damit junge Frauen für sich Selbstwirksamkeitserfahrungen machen. Kritische, gendersensible Jungen*arbeit kann helfen, sich mit den teils sehr abträglichen Anforderungen von traditionellen Maskulinitätsvorstellungen auseinanderzusetzen.

Darüber hinaus bedeutet ein genderreflektierter Ansatz aber auch, Gender, Geschlecht – und die aktuelle gesellschaftliche Diskussion darum – bei der Konzipierung von Workshops und Beratungsangeboten mit zu bedenken, ebenso die genderspezifischen Radikalisierungsgründe für junge Frauen* und Männer*. So können Herausforderungen der Geschlechterrollen mit Jugendlichen in der Distanzierungsarbeit aber ebenso in der Primärprävention kritisch diskutiert werden.

3.5 Diversität und Identität in der Präventions- und Interventionsarbeit

Ethnische, soziale und andere »Identitäten« und »Identitätspolitik« sind mittlerweile als Schlagworte in politischen Debatten und in der politischen Bildung weit verbreitet. Dabei stehen die Begriffe häufig als vermeintlich ausschließlich linkes Phänomen in der Kritik, das zu sehr auf Partikularinteressen fokussieren und die Identifikation überbetonen würde, was letztlich rechtsextremen Kräften in die Hände spiele.³³ Dem wird entgegengehalten, dass der Ansatz der Identitätspolitik nicht auf eine bestimmte politische Haltung beschränkt ist und sich vor allem auch prominent im Rechtsextremismus bzw. Rechtspopulismus findet (vgl. Hoffmann, 2019; Müller, 2019; Manow, 2019). Dies mag sich letztlich bereits in der Namensgebung der Identitären Bewegung (IB) widerspiegeln.

Identitäre Positionen lassen sich in der ganzen Gesellschaft finden, sind im Rechtsextremismus und islamisch begründeten Extremismus allerdings besonders exklusiv konzipiert: So imaginiert die Identitäre Bewegung einen ethnisch und kulturell homo-

³² So zum Beispiel das strikte Verbot von vor- und auch außerhelischem Geschlechtsverkehr für beide Geschlechter.

³³ Vgl. Susemichel/Kastner, Partikularinteressen versus soziale Verantwortung? Auf: https://www.deutschlandfunk.de/linke-identitaetspolitik-partikularinteressen-versus-1184.de.html?dram:article_id=438586 und Silke van Dyk, Identitätspolitik gegen ihre Kritik gelesen. Für einen rebellischen Universalismus auf: <https://www.bpb.de/apuz/286508/identitaetspolitik-gegen-ihre-kritik-gelesen-fuer-einen-rebellischen-universalismus>

genen Staat – und Europa – und sieht die wahlweise deutsche, österreichische oder europäische Identität durch Einwanderung und Multikulturalismus bedroht. In den Debatten des islamisch begründeten Extremismus wiederum geht es um die Einheit – und Eindeutigkeit – des Islam. Andere Religionen, Atheismus, aber auch andere innerislamische Konfessionen und Rechtsschulen werden abgelehnt und als kufar (Ungläubige, somit nicht zum Islam Gehörende) bezeichnet. Dem liegt eine Verunsicherung der eigenen Identität zugrunde, sei es in Bezug auf die Rolle in der Familie, die Geschlechterrolle, letztlich über den eigenen Platz und die eigenen Möglichkeiten in der Gesellschaft. Solche Verunsicherungen der eigenen Identität können häufig Radikalisierungsprozesse befördern. Extremistisch unterlegte identitäre Konzepte bieten hingegen vermeintliche Sicherheit. Wie Hoffmann schreibt: »Identitär gedachten Identitäten mangelt es permanent an Identität – ein leidvoller Zustand, der ständig nach vermeintlicher Wiederherstellung einer noch nie vorhandenen Homogenität verlangt und damit ständig nach Bereinigung und vermeintlicher Wiederaneignung verlangen muss« (vgl. Hoffmann, 2019). Extremistische Rekrutierer*innen setzen deshalb gezielt bei der Unsicherheit von Jugendlichen an und bieten ihnen Identifikationsmöglichkeiten in einer Gesellschaft, in der sie sich nicht vertreten sehen.³⁴

Dieser Partikularismus und Separatismus und der Versuch, Homogenität herzustellen, wird fälschlicherweise manchmal auch dort unterstellt, wo im Bereich von politischer Bildung und Extremismusprävention von Identitäten und Identifikation gesprochen wird, z. B. wenn in der politischen Bildung das Anliegen formuliert wird, dass Fachkräfte die Diversität der Gesellschaft widerspiegeln sollten und in der Prävention Ansätze, Formate und Akteur*innen gefunden werden sollten, mit denen sich die – insbesondere jugendlichen – Adressat*innen identifizieren können, in denen sie sich wiedererkennen.³⁵ Es geht bei diesen Ansätzen allerdings nicht darum, die Adressat*innen auf eine Rolle festzulegen oder nur noch Partikularinteressen zu vertreten. Größter Vorteil des *diversitätssensiblen Ansatzes* ist, dass er den Adressat*innen der Präventionsarbeit Identifikationsfiguren und Lebensentwürfe jenseits von Gruppenkonstruktionen anbietet, gerade indem die Vorbilder sich über ganz andere Themen als ihre Gruppenidentität austauschen und definieren.

Diversität umfasst nicht nur Herkunft, Religion und Geschlecht, sondern auch Repräsentanz verschiedener sozialer Milieus, Lebensalter, Körperformen und so weiter. Ansätze der Diversitätspädagogik sind deshalb darum bemüht, genau diese Vielfalt darzustellen und mit den Jugendlichen zu üben, sich auf Diversität einzulassen und einzustellen. Insbesondere ein *diverses Team* bietet nicht nur verschiedenen jugendlichen Rollenvorbilder an – es zeigt ihnen auch, dass Menschen mit den verschiedensten Lebenswegen und -entwürfen als Gruppe funktionieren, ihre Konflikte produktiv austragen und die verschiedenen Lebensentwürfe nicht nur tolerieren, sondern auch wertschätzen können. Das portraitiert gelebte Diversität und steht schon deshalb allen Homogenitäts- und Separationsneigungen präventiv entgegen.

³⁴ So sind YouTube-Kanäle von allen Strömungen des islamisch begründeten Extremismus in der Regel immer die, die als erstes und besonders ausführlich über rassistische und rechtsextreme Taten berichten. Zudem porträtieren sie »den Islam« als etwas Schönes, Würdiges, während die Jugendlichen in Schule und Medien häufig mit antimuslimischem Rassismus konfrontiert sind.

³⁵ Ein häufiger Einwand – insbesondere von Personen ohne Diskriminierungserfahrung – in Bezug auf dieses Argument ist die Frage, ob es wirklich diese Form der Identifikation brauche, warum sich der*die Jugendliche nicht mit jeder Person bzw. Fachkraft identifizieren kann.

4

Präventionsarbeit in der EU

4 Präventionsarbeit in der EU

4.1 Das Radicalisation Awareness Network

Das *Radicalisation Awareness Network* wurde im Jahr 2011 ins Leben gerufen und ist ein europaweites Netzwerk verschiedener Träger und Projekte im Bereich der Präventionsarbeit. Es fokussiert dabei erklärtermaßen nicht nur auf den islamisch begründeten Extremismus. Anliegen von RAN ist es vor allem, »first line practitioner«, also Personen, die im direkten Kontakt mit radikalisierten Jugendlichen im Rahmen von Präventionsarbeit oder politischer Bildung arbeiten, miteinander zu vernetzen, wobei dieser präzise practitioner-Begriff sehr weit geöffnet und damit auch etwas ungenau wurde. Jedenfalls soll den Teilnehmenden die Möglichkeit gegeben werden, sich über Herausforderungen, Methoden und Ansätze europaweit auszutauschen, um Good Practice-Ansätze hervorzuheben. Als Ergebnis dieses Austausches wurde unter anderem die ständig aktualisierte Collection of Practices and Approaches aufgelegt.³⁶ Darüber hinaus informiert RAN über Neuigkeiten aus Forschung und Politik rund um das Thema Radikalisierung.

RAN bietet neun Arbeitsgruppen für Fachkräfte (Stand 2020), die sich viermal im Jahr treffen:

- ▶ *Communication and Narratives (RAN C&N)* – Erstellung und Bereitstellung von On- und Offline Kommunikationswerkzeugen, die extremistische Propaganda in Frage stellen
- ▶ *Education (RAN EDU)* – Arbeitsgruppe für Lehrkräfte und den Bildungssektor
- ▶ *Exit (RAN EXIT)* – Deradikalisierungs- und Ausstiegsprogramme
- ▶ *Youth, Families and Communities (RAN Y&C)* – Arbeit zum Thema Unterstützung für Jugendliche, Familien und lokale Communities
- ▶ *Local Authorities (RAN LOCAL)* – Arbeit von lokalen Akteuren und Ansätzen
- ▶ *Prison and Probation (RAN P&P)* – Analyse der Auswirkungen von Gefängnisssystemen, Reintegrationsprogrammen und auf verurteilte Terroristen zugeschnittene Interventionen
- ▶ *Police and Law Enforcement (RAN POL)* – identifiziert wirksame polizeiliche Ansätze, einschließlich Ausbildung, Einsatz sozialer Medien und Aufbau von vertrauens- und beziehungsbasierten Ansätzen der Arbeit mit Familien, Vereinen, Milieus und Quartieren
- ▶ *Health and Social Care (RAN H&SC)* – Sensibilisierung von Mitarbeiter*innen des Gesundheits- und Sozialwesens im Hinblick auf ihre Rolle bei der Identifizierung und Unterstützung von radikalierungsgefährdeten Personen
- ▶ *Remembrance of Victims of Terrorism (RAN RVT)* – Pflege eines Netzwerks von Opfern des Terrorismus und Organisation des Europäischen Tags zum Gedenken und in Erinnerung an die Opfer des Terrorismus

Die Themen in den Arbeitsgruppen werden einerseits durch die Praktiker*innen eingebracht, andererseits aber auch von der EU-Kommission gesetzt.

³⁶ https://ec.europa.eu/home-affairs/sites/homeaffairs/files/what-we-do/networks/radicalisation_awareness_network/ran-best-practices/docs/ran_collection-approaches_and_practices_en.pdf (abgerufen 13.2.2021)

Das Radicalisation Awareness Network stand in den letzten Jahren jedoch auch in der Kritik. Insbesondere wurde die tatsächliche Praxisnähe des Netzwerk in Zweifel gezogen und eine Bürokratisierung der Präventionsarbeit attestiert, die fehlende Evaluation der Arbeit des Netzwerks bemängelt und die Frage aufgeworfen, inwieweit das Netzwerk tatsächlich die Bedarfe der Arbeit mit gefährdeten Jugendlichen im Blick hat.³⁷ Das Ausblenden der Bedeutung der Religion in der Präventionsarbeit und der Fokus auf Counter-Narrative (insbesondere online) würden zudem hinter Standards zurückfallen, die sich in der Präventionsarbeit schon durchgesetzt haben.³⁸ Kritisch angemerkt wurde über das RAN auch, dass es im Grunde entlang einer strikten Top-Down-Struktur geführt wird, die letztendlich von einer EU Sicherheitsbehörde bestimmt wird und Transparenz in Bezug auf die Prozesse für Praktiker*innen im Netzwerk nicht umfassend gegeben sei. Obwohl dies glücklicherweise seiner Vernetzungswirkung wenig Abbruch täte, wären jedoch die Publikationen des RAN mit einer gewissen Vorsicht aufzunehmen, insofern sie nur bedingt die Einsichten der Fachkräfte im Feld (practitioners) widerspiegeln.³⁹

Außerdem lege RAN entgegen seiner Konzeption, alle Extremismen in den Blick zu nehmen, bis vor kurzem einen starken Fokus auf islamisch begründeten Extremismus. Dies hätte nicht nur eine Verharmlosung rechtsextremer Gewalt in Europa zur Folge, sondern auch praktische Auswirkungen auf die Arbeit von Fachkräften der Prävention und politischen Bildung in Osteuropa. Dort würde der Fokus auf islamisch begründetem Extremismus durch RAN eher dazu beitragen, rechte und rechtsextreme Kräfte in die Regierung zu bringen (vgl. Kossack & Weilnböck, 2019). Letztendlich zeigt dieser Fokus auch, das RAN in seiner Arbeit stark von westeuropäischen Akteuren geprägt ist.

³⁷ Vgl. Weilnböck, The industry of Preventing Extremism and the Radicalisation Awareness Network <https://www.opendemocracy.net/en/global-extremes/the-industry-of-preventing-extremism-and-the-radicalisation-awareness-network/> sowie Maatsen/Hammaren/Oldenbring, Youth 'at risk': A critical discourse analysis of the European Commission's Radicalisation Awareness Network Collection of approaches and practices used in education <https://journals.sagepub.com/doi/pdf/10.1177/1757743816677133>

³⁸ Foret & Markoviti (2019) New challenge, old solutions? Religion and counter-radicalisation in the European Parliament and the Radicalisation Awareness Network, <https://www.researchgate.net/publication/336393949>

³⁹ Weilnböck, Harald (2018): The Radicalisation Awareness Network/RAN – concept and reality. A policy essay on interagency cooperation to prevent violent extremism and support resilient European societies. <https://cultures-interactive.de/en/articles.html>
 Weilnböck, Harald (2021): "The negation of confidentiality from European deradicalisation – the EU Radicalisation Awareness Network's (RAN) silent trimming of civil society's exit work through "directive workshop reporting", <https://cultures-interactive.de/en/articles.html>

4.2 Präventionsansätze aus Frankreich, Großbritannien und den Niederlanden

Die Länder in der EU schlagen unterschiedliche Wege im Umgang mit Extremismus und im Hinblick auf Präventionsarbeit ein. Es würde den Rahmen dieser Arbeit sprengen, sie alle aufzuzählen. Deshalb wird hier auf Großbritannien, Frankreich und die Niederlande fokussiert. Osteuropäische Staaten und ihre Programme tauchen in Publikationen – selbst in RAN-Publikationen – selten auf. Wenn doch, fokussieren die Angebote – häufig in Trägerschaft zivilgesellschaftlicher Akteure – auf den Bereich Rechtsextremismus.⁴⁰ Islamisch begründeter Extremismus tritt in osteuropäischen Staaten nicht auf, zudem liegt der Anteil von Muslim*innen an der Bevölkerung in Staaten wie Tschechien, Polen, der Slowakei und Ungarn bei unter 0,2 %.⁴¹

Großbritannien war das erste Land, das ein staatliches Präventionsprogramm zu islamisch begründetem Extremismus auflegte. »Prevent 1« wurde im Jahr 2007 ins Leben gerufen und im Jahr 2011 durch »Prevent 2« abgelöst. Im Zuge dessen wurde der seit dem Jahr 2001 in der Präventionsarbeit dominante Ansatz der »Community Cohesion« (Zusammenhalt im Gemeinwesen) aufgegeben, welcher den Zusammenhalt zwischen den verschiedenen Communities stärken wollte.

»Prevent 1« stellte den Kommunen Gelder zur Verfügung, die entgegen des Konzepts der »Community Cohesion« nicht mehr an diverse Communities verteilt wurden, sondern zielgerichtet muslimischen Communities zukommen sollten. Diese sollten damit Aufklärungsarbeit zu islamisch begründetem Extremismus umsetzen. Mit »Prevent 2« wurde dieser Ansatz fallen gelassen. Das Folgeprogramm fokussierte auf einen wertorientierten Ansatz, was mit einer Reihe von Veränderungen einherging:

- ▶ Fast die gesamte »Prevent«-Finanzierung für Gruppen aus muslimischen Communities wurde gestrichen, da sie nun nicht mehr als vertrauenswürdig galten.
- ▶ Extremismus wurde breiter gefasst, Ziel war nun nicht mehr nur der gewaltbereite Extremismus.
- ▶ »Prevent 2« fokussierte stärker auf die Vorhersagbarkeit von Radikalisierungsprozessen.

Das Programm steht seit seiner Einführung in der Kritik: Zum einen, weil es zur Abwicklung von »Community Cohesion« führte, was diversen Communities die Projektfinanzierung nahm, zum anderen aber auch durch die Beteiligung von Polizei und anderen Sicherheitskräften an der Umsetzung von »Prevent«. Das Programm wird insbesondere von muslimischen Communities als »Ausspähprojekt« erlebt, das die gesellschaftliche Dimension von Radikalisierung außer Acht lässt (vgl. Thomas, 2017).

Frankreich setzt ähnlich wie Großbritannien auf mehrheitlich staatlich organisierte Präventionsarbeit (angesiedelt beim französischen Innenministerium) und sicherheitspolitische Maßnahmen. Als erstes wurde mit »la numero vert« eine Hotline einge-

⁴⁰ Vgl. RAN-Broschüre (2016) Prävention der zu Terrorismus und gewaltbereiten Extremismus führenden Radikalisierung – Konzepte und bewährte Praktiken auf: https://ec.europa.eu/home-affairs/sites/homeaffairs/files/what-we-do/networks/radicalisation_awareness_network/ran-best-practices/docs/ran_collection-approaches_and_practices_en.pdf

⁴¹ <https://fowid.de/meldung/muslime-europa>

richtet, an die sich ausstiegswillige Personen, aber auch Angehörige wenden konnten. Ein Anliegen der Implementierung dieser Hotline war aber ebenso die Datenerfassung. Im Jahr 2014 wurde erstmals einer privaten Organisation, dem CPDSI (Centre de prévention des dérives sectaires liées à l'Islam) vom Innenministerium die Aufgabe übertragen, ein Präventionsprogramm zu entwickeln. Das entwickelte Programm gründete auf der Annahme, dass Menschen, die sich dem radikalen Islam anschließen, sektiererischen Einflüssen erlegen sind und beschreibt zudem im Unterschied zu den meisten Ansätzen in Deutschland bereits den quietistischen Salafismus als Angriff auf die öffentliche Ordnung.⁴²

Zivilgesellschaftliche Träger insbesondere aus muslimischen Communities haben einen schweren Stand, was nicht zuletzt am Laizismus des französischen Staates liegt. Gleichwohl gab und gibt es sie, so etwa die »Maison de prévention pour les familles«, die aber 2015 wieder geschlossen wurde, Mütter-Vereine so zum Beispiel »La brigade des meres«⁴³ und das »Centre d'action et de prévention contre le radicalisation des individus«, in welchem der Imam der Hauptmoschee und städtische Behörden zusammenarbeiten.

Einzigartig in der europäischen Präventionslandschaft sind Frankreichs Deradikalisierungszentren. Das erste wurde 2016 in Beaumont en Véron eröffnet und bereits 2017 wieder geschlossen. Es zielte auf junge Menschen zwischen 18 und 30, die sich freiwillig einer stationären Deradikalisierungsmaßnahme unterziehen wollten. Das Zentrum geriet schnell in die Kritik – öffentliche Gelder würden für Experimente verschwendet, einer der Bewohner wurde wegen Bildung einer terroristischen Vereinigung angeklagt und es gab Hinweise, dass das Zentrum auch gefährliche Personen aufnahm, um die Belegung zu sichern. All das führte letztendlich zur Schließung, jedoch entstanden in den Folgejahren ähnliche Deradikalisierungszentren in Paris, Marseille, Lyon und Lille im Rahmen des Programm PAIRS. Diese richteten sich an Personen, die gerade den Strafvollzug verlassen haben. Mittels der Zentren sollen sie sozial-psychologisch betreut und wieder in die Gesellschaft integriert werden.⁴⁴

In den *Niederlanden* stehen zivilgesellschaftliche Akteure im Zentrum der Präventionsarbeit. Lokale Initiativen begannen 2004 mit der Präventionsarbeit gegen islamisch begründeten Extremismus. Wesentliches Ziel der Arbeit dieser Träger war eine bessere Integration von Muslim*innen in die Gesellschaft. Der 2007 eingeführte Aktionsplan »Polarisation and Radicalisation Action Plan« baute auf den Erkenntnissen dieser Arbeit auf und setzt vor allem auf sozialintegrative und bildnerische Aspekte im Bereich der Primärprävention, die Förderung lokaler Strukturen und den Einbezug von Eltern und muslimischen Gemeinden in die Deradikalisierungsarbeit (vgl. Nordbruch, 2013).

Zusammenfassend lässt sich also festhalten, dass neben Deutschland vor allem die Niederlande auf zivilgesellschaftliche Akteure in der Extremismusprävention setzen.

⁴² Vgl. Prévention de la radicalisation – Kit de formation (2015) auf: <https://www.cipdr.gouv.fr/wp-content/uploads/2019/02/KIT-DE-FORMATION-2018-vfinalev2.pdf>

⁴³ <https://fondationdesfemmes.org/brigade-des-meres/>

⁴⁴ <https://france3-regions.francetvinfo.fr/hauts-de-france/nord-0/lille/centre-personnes-radicalisees-ouvre-cette-semaine-lille-c-est-quoi-quoi-ca-sert-1736341.html> und <https://www.apcars.fr/mon-experience-dans-un-centre-de-deradicalisation/>

5

Übersicht zu Präventions- und Interventionsangeboten in Deutschland

5 Übersicht zu Präventions- und Interventionsangeboten in Deutschland

Im Folgenden werden maßgebliche Träger im Bereich Prävention von islamisch begründeten Extremismus in Deutschland vorgestellt werden. Das umfasst zivilgesellschaftliche Organisationen ebenso wie staatlich organisierte Beratungsstellen.

Die vorgestellten Präventionsprojekte entsprechen dem Stand Januar 2022. Einige Projekte wurden mittlerweile eingestellt und sind dementsprechend markiert, der Vollständigkeit halber aber dennoch aufgeführt.

5.1 Zivilgesellschaftliche Angebote

180 Grad Wende R (Nordrhein-Westfalen)	
Träger	Jugendbildungs- und Sozialwerk Goethe e. V., Köln
Kontakt	Telefon: 0221 168 322 09 E-Mail: info@180gradwende.de
Formate u. Zielgruppe	Beratung für radikalisierte Personen, deren Angehörige sowie Lehrer*innen und Jugendarbeit
Konzept	Die Beratung für gefährdete Jugendliche soll diesen in erster Linie einen Überblick über Unterstützungs- und Betreuungsangebote geben und vermitteln. Für gefährdete Jugendliche besteht die Möglichkeit der Einzelfallbetreuung. Diese soll durch andauernde pädagogische Unterstützung Jugendliche (wieder) in ihr Lebensumfeld integrieren.
beRATen e. V. (Niedersachsen)	
Träger	Verein für jugend- und familienpädagogische Beratung Niedersachsen, Hannover
Kontakt	Telefon: 0511 700 520 40 E-Mail: info@beraten-niedersachsen.de
Formate u. Zielgruppe	Beratung für Angehörige und Freund*innen von radikalisierten Personen sowie Lehrer*innen
Konzept	beRATen arbeitet mit einem systemischen Ansatz. Um Radikalisierungsprozesse umzukehren, sollen vor allem die sozialen Beziehungen gestärkt werden. Mit dem Umfeld sollen Handlungsansätze entwickelt werden, um einen Weg zurück in das bisherige soziale Umfeld zu ermöglichen. Dabei setzt das Beratungsteam auf seine sozialen, pädagogischen und islambezogenen Kompetenzen.
Stichworte	# systemischer Ansatz # PVO der BS im BAMF ⁴⁵

⁴⁵ Die Abkürzung PVO der BS im BAMF steht für »Partner vor Ort der Beratungsstelle Radikalisierung im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge«.

Beratungsnetzwerk Grenzgänger (Nordrhein-Westfalen)

Träger	IFAK e. V. – Verein für multikulturelle Kinder- und Jugendhilfe – Migrationsarbeit, Bochum
Kontakt	Telefon: 0234 687 266 64 E-Mail: beratungsnetzwerk@ifak-bochum.de
Formate u. Zielgruppe	Beratung für radikalisierte Personen, Angehörige, das soziale Umfeld sowie für Institutionen (Lehrer*innen, Vormünder, Jugendämter und Fachkräfte aus der sozialen Arbeit)
Konzept	Das Beratungsnetzwerk Grenzgänger arbeitet mit einem systemischen Ansatz, stützt sich also auf das gesamte Umfeld der radikalierungsgefährdeten Person, ausgehend von der Beobachtung, dass Radikalisierung am effektivsten über die Stärkung der sozialen Beziehungen entgegen zu wirken ist. Grenzgänger arbeitet prozessorientiert, in regelmäßigen Austauschtreffen werden Fortschritte evaluiert und die nächsten Schritte besprochen. Zudem können Angehörige und das Umfeld durch Angehörigentreffen und psychologische Beratung unterstützt werden.
Stichworte	# systemischer Ansatz # psychologische Beratung # Angehörigengruppen # mehrsprachig # Arbeit mit Geflüchteten # Kinder- und Jugendhilfe # PVO der BS im BAMF
Evaluation	Forschungszentrum Migration, Integration, Asyl (Uhlmann, 2017)

Beratungsstelle VPN Bayern

Träger	Violence Prevention Network (VPN), München
Kontakt	Telefon: 089 416 117 710 E-Mail: bayern@violence-prevention-network.de
Formate u. Zielgruppe	Beratung für radikalisierte Personen, Aussteiger*innen, Angehörige und Institutionen (Schulen, Jugendämter, Moscheegemeinden)
Konzept	Den Schwerpunkt ihrer Arbeit legt die Beratungsstelle Bayern auf die Erreichbarkeit und die Herstellung einer tragfähigen Beziehung zu sich radikalierenden Personen. Der pädagogische Ansatz soll Neugier auf neue Sichtweisen wecken, eigene Erkenntnisprozesse zum bisherigen Lebensverlauf, biographisches Verstehen der Gewalt-, Militanz- und Extremismuskarriere (unter besonderer Berücksichtigung der Entstehung von Feindbilddenken) fördern und Verantwortungsübernahme für eine eigenständige Lebensführung empoweren. Begleitend wird mit den Angehörigen der Personen gearbeitet.
Stichworte	# pädagogischer Ansatz # Clearing # Kinder- und Jugendhilfe # PVO der BS im BAMF

Beratungsstelle VPN Baden-Württemberg (eingestellt)

Träger	Violence Prevention Network (VPN)
Kontakt	Telefon: 0711 219 562 63 E-Mail: bw@violence-prevention-network.de
Formate u. Zielgruppe	Beratung für radikalisierte Personen und Angehörige





Konzept	Die Beratungsstelle Baden-Württemberg klärt in einem ersten Beratungsgespräch die konkrete Problem- und Bedrohungslage und erhebt (systemische) Ressourcen. Die Fallbearbeiter*innen werden anschließend nach Parametern wie Sprachkenntnissen, Geschlecht und Migrationshintergrund gewählt. Der Fokus im Beratungsprozess liegt auf einem systemischen Ansatz, in der Arbeit mit der radikalisierten Person werden – situativ angepasst – theologische, pädagogische und psychologische Interventionen eingesetzt. Im Rahmen der Pädagogik liegt der Fokus auf nicht-konfrontativen, dialogischen, die Ambiguitätstoleranz trainierenden Methoden.
Stichworte	# systemischer Ansatz # dialogisch-narrativer Ansatz # mehrsprachig # diversitätssensible Fallbetreuung # Arbeit in JVA's # Arbeit mit Geflüchteten # PVO der BS im BAMF

Beratungsstelle VPN Hessen

Träger	Violence Prevention Network (VPN), Kassel
Kontakt	Hotline: 069 272 999 97 E-Mail: post@violence-prevention-network.de; hessen@violence-prevention-network.de
Formate u. Zielgruppe	Beratung für radikalisierte Personen und Angehörige, Umfeld
Konzept	Die Beratungsstelle Hessen setzt auf aufsuchende Arbeit, die Herstellung einer tragfähigen Arbeitsbeziehung mit der radikalisierten Person und die Einbindung des sozialen Umfeldes beim Deradikalisierungsprozess. Der Fokus im Beratungsprozess liegt auf einem systemischen Ansatz, in der Arbeit mit der radikalisierten Person werden – situativ angepasst – theologische, pädagogische und psychologische Interventionen eingesetzt. Im Rahmen der Pädagogik liegt der Fokus auf nicht-konfrontativen, dialogischen, die Ambiguitätstoleranz trainierenden Methoden.
Stichworte	# systemischer Ansatz # religionssensibel # PVO der BS im BAMF
Evaluation	Möller & Neuscheler, 2018

Beratungsstelle Kitab (Bremen)

Träger	Vaja e. V., Bremen
Kontakt	Telefon: Ahmed Al-Rashed 0177 691 29 05 Mehlike Dannemann 0157 381 652 02 E-Mail: kitab@vaja-bremen.de
Formate u. Zielgruppe	Beratung für radikalisierte Personen und Angehörige, Umfeld, pädagogische Fachkräfte und Institutionen
Konzept	Die Beratungsstelle greift in ihrer Konzeption auf langjährige Erfahrung mit aufsuchender Jugendarbeit und Distanzierungsarbeit im Bereich Rechtsextremismus zurück. Bei der Beratung wird ein systemischer Ansatz verfolgt, der Familie und Freund*innen in den Prozess mit einbezieht. Das Vertrauen zum sozialen Umfeld soll gestärkt bzw. wiedererlangt werden, um den radikalisierten Personen den Ausstieg zu ermöglichen. In der Arbeit von Kitab mit radikalisierten Personen gilt das unbedingte Gebot der Freiwilligkeit.
Stichworte	# systemischer Ansatz # phänomenübergreifend # PVO der BS im BAMF
Evaluation	Forschungszentrum Migration, Integration, Asyl (Uhlmann, 2017)

Beratungsstelle PREVENT (Berlin)

Träger	Violence Prevention Network (VPN), Berlin
Kontakt	Telefon: 030 239 113 00 und 030 544 677 79 E-Mail: berlin@violence-prevention-network.de
Formate u. Zielgruppe	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Beratung und Begleitung für Angehörige radikalierter Personen ▶ Deradikalisierungsangebote für JVA's ▶ Beratung für Moscheen
Konzept	Die Beratungsstelle VPN Berlin kann in ihrer Arbeit auf die Erfahrungen aus den Projekten KOMPASS und BAHIRA zurückgreifen, in welchen unter anderem gute Erfahrungen bei der Zusammenarbeit mit und in Moscheen gemacht wurden. Die Beratungsstelle arbeitet mit einem systemischen und »verantwortungspädagogischen« Ansatz. Im Beratungsprozess wird auch das Umfeld der radikalisierten Person mit einbezogen, gleichzeitig soll die zu beratende Person dahingehend gestärkt werden, Verantwortung für ihr Leben zu übernehmen und neue Gestaltungsspielräume zu entdecken.
Stichworte	<ul style="list-style-type: none"> # Arbeit mit Geflüchteten # Arbeit in JVA's # Onlineberatung # Kinder- und Jugendhilfe # PVO der BS im BAMF
Evaluation	Forschungszentrum Migration, Integration, Asyl (Uhlmann, 2017)

Beratungsstelle VPN Sachsen

Träger	Violence Prevention Network (VPN), Leipzig
Kontakt	Telefon: 0351 564 549 49 (Hotline KORA) E-Mail: sachsen@violence-prevention-network.de
Formate u. Zielgruppe	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Beratung für Schulen, Behörden, Moscheegemeinden und Vereine, aber auch Jugendliche ▶ Beratung und Begleitung für radikalierungsgefährdete Jugendliche ▶ Beratung für Szene-Angehörige und Rückkehrer*innen ▶ Empowermentworkshops für (muslimische) Frauen
Konzept	Die Beratungsstelle Sachsen setzt insbesondere in ihren Workshops und Fortbildungen den Fokus auf die Auseinandersetzung mit Interreligiosität, Identität und religiös begründetem Extremismus, es sollen interreligiöse und interkulturelle Kompetenzen gefördert werden.
Stichworte	<ul style="list-style-type: none"> # gendersensibel # religionssensibel # Teil des Netzwerks KORA

Beratungsstelle Salafismus (Hessen)

Träger	VIBIS e. V. Verein für islamische Bildung, Integration und Seelsorge, Wiesbaden
Kontakt	Telefon: 01575 884 82 92 E-Mail: meyer@wiesbaden.vibis.org
Formate u. Zielgruppe	Beratung für Angehörige, Lehrer*innen, Sozialarbeit und Umfeld radikalierter Personen
Konzept	Die Beratungsstelle Salafismus arbeitet vor allem im Kontext von JVA's mit jungen Menschen, die beginnen sich zu radikalieren. Dabei ist ein theologischer Ansatz zentral, den Jugendlichen sollen andere Möglichkeiten, den Islam zu leben aufgezeigt werden. Zudem bietet die Beratungsstelle Clearing.
Stichworte	<ul style="list-style-type: none"> # Datenschutz # religionssensibel # theologischer Ansatz # Arbeit in JVA's

Beratungsstelle VPN Thüringen

Träger	Violence Prevention Network (VPN), Erfurt
Kontakt	Telefon: 0361 302 620 31 E-Mail: thuringen@violence-prevention-network.de
Formate u. Zielgruppe	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Beratung und Begleitung für das Umfeld radikalisierter Personen ▶ Fortbildung und Coaching für Multiplikatorinnen ▶ Workshops an Schulen
Konzept	Das pädagogische Konzept im Beratungsfall beruht auf einem explizit nicht-konfrontativen Ansatz, der es ermöglicht, neue Sichtweisen anzunehmen. Ein akzeptierender Ansatz soll der radikalisierten Person ermöglichen, aus eigener Entscheidung nach und nach ihre Annahmen zu hinterfragen.
Stichworte	# akzeptierende Jugendarbeit

Clearing Verfahren CleaR / CleaR Teaching (Nordrhein-Westfalen)

Träger	Die Aktion Gemeinwesen und Beratung e.V, Bonn
Kontakt	Telefon: 0152 341 556 43 E-Mail: lisa.kiefer@die-agb.de
Formate u. Zielgruppe	Beratung für Schulen und Schulsozialarbeit zu den Themen Radikalisierung erkennen und Radikalisierung entgegen wirken / Beratungsstellen an Schulen ausbauen
Konzept	Das Clearing-Projekt arbeitete von 2016 bis 2019 an Schulen und stellte dort die Beratungsstelle für Schüler*innen und Lehrer*innen im Verdachtsfall von religiös begründetem Extremismus und Rechtsextremismus. Im Folgeprojekt CleaR Teaching ist das Ziel, die Erfahrungen aus der an Schulen angedockten Beratungsarbeit an Akteure aus Schulen deutschlandweit weiter zu geben. Mittelpunkt des Projekts bildet ein siebenstufiges Verfahren, welches darauf abzielt, Radikalisierungsprozesse zu unterbrechen. Dabei steht die Vernetzung aller relevanten Akteure aus Schule und sozialem Umfeld im Mittelpunkt.
Stichworte	# phänomenübergreifend # Arbeit an Schulen

Call of Prev / Cultures Interactive e. V. (Berlin)

Träger	Cultures Interactive e. V., Berlin
Kontakt	Telefon: 030 604 019 50 E-Mail: info@cultures-interactive.de
Formate u. Zielgruppe	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Workshops für Jugendliche ▶ Fortbildung für Fachkräfte
Konzept	Cultures Interactive e. V. hat seinen Schwerpunkt auf Rechtsextremismusprävention gelegt. In den Projekten WomEX und Phäno_Cultures wurde versucht, Erkenntnisse aus dieser Präventionsarbeit auf die Prävention von islamisch begründetem Extremismus zu übertragen. Dabei verfolgt CI den Jugendkulturansatz, der an die Lebenswelt der Jugendlichen anknüpft, sowie den narrativen Ansatz. Ein besonderer Fokus liegt auf Präventionsarbeit, die genderspezifische Gründe für Radikalisierung in den Blick nimmt. In dem Primärpräventiven Projekt »Call of Prev« sollen die Erkenntnisse aus »PHÄNO_cultures« in die Entwicklung eines Handy-Spiels für Jugendliche einfließen, welches in Workshops der Aufhänger für die Präventionsarbeit sein wird.
Stichworte	# phänomenübergreifend # narrativer Ansatz # gendersensibel # diverses Team

DNE – Diagnostisch-Therapeutisches Netzwerk Extremismus (Berlin)

Träger	ZDK Gesellschaft Demokratische Kultur gGmbH, Berlin
Kontakt	Telefon: 030 234 893 28 E-Mail: kontakt@dne-deutschland.de
Formate u. Zielgruppe	Psychologische Beratung und Begleitung für radikalisierte Personen, Aussteiger*innen, Angehörige und Fachkräfte
Konzept	Das DNE arbeitet eng mit HAYAT und EXIT zusammen. Anliegen des DNE ist es, den Prozess der Deradikalisierung durch psychologische Angebote für betroffene Personen und Angehörige unterstützend zu begleiten. Dieses Angebot umfasst: vordiagnostische Klärung von psychischen Problemen, Vermittlung von psychologischer Beratung, im Bedarfsfall Motivationsgespräche zur Aufnahme einer Sozial- oder Psychotherapie sowie Unterstützung bei der Vermittlung in ein weiteres Hilfenetzwerk.
Stichworte	# psychologische/psychosoziale/psychiatrische Begleitung # phänomenübergreifend # Datenschutz # Persönlichkeitsrechte

Emel-Online Beratung / Sabil-Online Beratung (Schleswig-Holstein)

Träger	Türkische Gemeinde Deutschland Schleswig-Holstein (TGSH)
Kontakt	Telefon: 0431 739 49 26 E-Mail: onlineberatung@tgsh.de Online Beratung: https://provention.tgsh.de/project/onlineberatung/
Formate u. Zielgruppe	Beratung für Familienangehörige, Pädagog*innen und persönliches Umfeld radikalisierter Personen
Konzept	Die Emel- sowie die Sabil-Online-Beratung finden online – via E-Mail-Beratung oder im Chat – statt. Die ratsuchende Person kann sich anonym an die Online-dienste wenden. Beide Beratungen arbeiten mit einem systemischen Ansatz, der vor allem darauf fokussiert, WIE sich Personen radikalisiert haben. Da das soziale Umfeld in den meisten Fällen eine entscheidende Rolle spielt, richtet sich die Online-Beratung auch an die Angehörigen der sich radikalisierenden Person(en). In der Beratung werden Ressourcen der radikalisierten Person genutzt, um neue Perspektiven und Veränderungsmöglichkeiten zu entwickeln.
Stichworte	# systemischer Ansatz # Onlineberatung # Datenschutz # mehrsprachig # diversitätssensibel
2020 ausgelaufen	

Fachstelle Bidaya (Mecklenburg-Vorpommern)

Träger	Christliches Jugenddorfwerk Deutschlands (CJD) Nord, Geschäftsstelle Waren (Müritz)
Kontakt	Telefon: 03991 673 85 87 E-Mail: bidaya.mv@cjd-nord.de
Formate u. Zielgruppe	Beratung von radikalisierten Personen, Angehörigen, Umfeld und Behörden
Konzept	Der Ansatz der Fachstelle Bidaya beruht auf den im Projekt JUMP (http://www.jump-mv.de/) entwickelten Ansätzen und Erfahrungen. Ausstiegs- bzw. Distanzierungswille bei radikalisierten Personen sind Voraussetzung für die Begleitung, Bidaya begleitet diesen Prozess unterstützend und erarbeitet mit den radikalisierten Personen Alternativen.





Stichworte # personenzentrierter Ansatz
systemischer Ansatz
mehrsprachig
Kinder- und Jugendhilfe

Fachstelle Liberi (Schleswig-Holstein)

Träger Türkische Gemeinde Schleswig Holstein, Kiel

Kontakt Telefon: 0431 739 49 26
E-Mail: fachstelle.liberi@tgsh.de

Formate u. Zielgruppe Beratung, Fortbildungen und Trainings für Fachkräfte

Konzept Die Fachstelle Liberi strebt eine bundesweite Untersuchung zur Einschätzung der Situation von Kindern in salafistisch geprägten Familien an. Ziel ist es, aus den Erkenntnissen Handlungsempfehlungen und Informations- und Übungsmaterialien zur Resilienz-Stärkung von Kindern zu entwickeln und für Beratungsstellen, Schulen sowie die Kinder- und Jugendarbeit bereit zu stellen. Darüber hinaus leistet die Fachstelle Fachberatung zum spezifischen Themenfeld und stellt Kontakte zu entsprechenden Beratungsstellen her. Übergeordnetes Ziel ist es, die bundesweite Vernetzung aller relevanten Akteure zum Themenfeld zu stärken. Bundesweite Netzwerktreffen werden durch die Fachstelle organisiert und durchgeführt sowie bestehende Angebote bekannt gemacht.

Stichworte # religionssensibel

HAYAT Deutschland (Berlin und Bonn / Nordrhein-Westfalen)

Träger ZDK Gesellschaft Demokratische Kultur gGmbH, Berlin

Kontakt Telefon: 0157 713 599 63
030 234 893 35
E-Mail: info@hayat-deutschland.de

Formate u. Zielgruppe ▶ Beratung für Eltern, Lehrer*innen, Arbeitgeber*innen, Freund*innen radikalisierten Personen
▶ Ansprechstelle für radikalisierte Personen

Konzept HAYAT verfolgt einen systemischen, situativen, problem- und lösungsorientierten Ansatz. Im Erstkontakt mit HAYAT erfolgt das CLEARING, es wird eine Analyse der erlebten Situation und Risikoeinschätzung vorgenommen, um den jeweiligen Bedarfsrahmen zu ermitteln, dabei ist die Erhebung der Radikalisierungsgründe zentral. Der anschließende COACHING-Prozess ist darauf ausgerichtet, dass es gelingt, eine islamistische Radikalisierung der nahen Person zu verhindern, aufzuhalten oder umzukehren, wobei auch deren Beziehungswelt und Orientierungen beachtet werden.

Stichworte # Datenschutz # Persönlichkeitsrechte
systemischer Ansatz
mehrsprachig
PVO der BS im BAMF

Evaluation Forschungszentrum Migration, Integration, Asyl (Uhlmann, 2017)

KIgA – Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus (Berlin)

Träger	KIgA e. V., Berlin
Kontakt	Telefon: 030 235 882 30 E-Mail: mail@kiga-berlin.org
Formate u. Zielgruppe	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Workshops mit Jugendlichen ▶ Materialien- und Konzeptentwicklung zu den Themen Antisemitismus, Islam, islamisch begründeter Extremismus und antimuslimischer Rassismus
Konzept	Die KiGA verfolgt in der Primärprävention einen an der Lebenswelt der Jugendlichen orientierten Ansatz und arbeitet rassistischkritisch und religionssensibel. Der Verein setzt seinen Fokus in der Workshopkonzeption nicht auf islamisch begründeten Extremismus, sondern auf Themen, die rund um dieses Phänomen auftauchen: Diskriminierungserfahrungen, Partizipations(un)möglichkeiten, gesellschaftliches Miteinander.
Stichworte	<ul style="list-style-type: none"> # mehrsprachig # religionssensibel # diverses Team

Legato (Bremen)

Träger	Vereinigung Pestalozzi gGmbH und Ambulante Maßnahmen Altona e. V., Bremen
Kontakt	Telefon: 0421 390 923 22 E-Mail: legato-bremen@legato-hamburg.de
Formate u. Zielgruppe	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Kulturangebote für radikalisierte und radikalierungsgefährdete Personen in JVsAs ▶ Fortbildungen für Fachkräfte im Strafvollzug
Konzept	Legato Bremen stellt systemische Beratung sowie Gesprächs- und Bildungsangebote für Inhaftierte. Sozialer Isolation und Desintegration soll entgegengewirkt werden. Durch die Kulturarbeit in JVsAs sollen Grundsätze kultureller Teilhabe praktiziert und vermittelt werden. Beratungen und Fortbildungen für Fachkräfte sollen diesen Handlungssicherheit in Bezug auf Radikalisierung vermitteln.
Stichworte	<ul style="list-style-type: none"> # Arbeit in JVsAs # systemischer Ansatz

Legato (Hamburg)

Träger	Vereinigung Pestalozzi gGmbH und Ambulante Maßnahmen Altona e. V., Hamburg
Kontakt	Telefon: 040 389 029 52 E-Mail: beratung@legato-hamburg.de
Formate u. Zielgruppe	Beratung für radikalisierte Personen und deren Angehörige
Konzept	Legato setzt in der Beratungsarbeit zwei Schwerpunkte. Zum einen arbeitet die Beratungsstelle mit einem systemischen Ansatz, der auch Familie und Freund*innen in den Prozess mit einbezieht, da die Beziehungen zu diesen entscheidend zu einer gelungenen Distanzierung beitragen. Zum anderen arbeitet Legato mit muslimischen und alevitischen ⁴⁶ Religionsgemeinschaften zusammen, da sie theologische Kompetenzen in den Beratungsprozess mit einbringen können.

⁴⁶ Nicht alle Alevit*innen fühlen sich dem Islam nicht zugehörig. »[...]Eine Minderheit der Aleviten, deutlich stärker in Westeuropa vertreten als in der Türkei, sieht das Alevitentum als eigenständige, vom Islam unabhängige Religion. Eine andere Deutung verzichtet auf den Religionsbezug und begreift das Alevitentum als eine Philosophie, die traditionell ›anatolische Werte‹ mit einem als universal verstandenen Humanismus verknüpft. Wiederum andere ordnen das Alevitentum politischen Deutungsmustern unter, betrachten es als eine revolutionäre Klassenkampfphilosophie oder betonen aus nationalistischer Perspektive vorislamisch türkische oder kurdisch-iranische Wurzeln. Die meisten Aleviten verstehen es als eine stark von türkischer Kultur geprägte, in ihrem Kern humanistische Form des Islam, oft unter Verweis auf seine sufisch-mystischen und spezifisch anatolischen Aspekte [...]« (bpb, 2014) <https://www.bpb.de/internationales/europa/tuerkei/184986/die-aleviten>



Stichworte # mehrsprachig
religionssensibel
systemischer Ansatz
theologischer Ansatz
Arbeit in JVA
PVO der BS im BAMF

PREvent!on (Baden-Württemberg)

Träger Demokratiezentrum Baden-Württemberg, Vaihingen

Kontakt Telefon: 07042 8317-11 oder -27
Mobil: 0171 623 42 21
E-Mail: info@demokratievorort.de

Formate u. Zielgruppe Beratung und Fortbildungen für Fachkräfte

Konzept PREvent!on bietet Qualifizierungslehrgänge sowie Workshops für Fachkräfte der Jugendarbeit an. Ziel ist es, die Handlungssicherheit von Fachkräften zu stärken.

Stichworte # religionssensibel
gendersensibel

PROvention (Schleswig-Holstein)

Träger Türkische Gemeinde Schleswig-Holstein, Kiel

Kontakt Telefon: 0431 739 49 26
E-Mail: provention@tgsh.de

Formate u. Zielgruppe Beratung für radikalisierte Personen, deren Angehörige, sowie Jugend- und Sozialarbeiter*innen

Konzept Das Angebot der Beratungsstelle PROvention setzt an mehreren entscheidenden Punkten im Radikalisierungsprozess an: Sie bietet Clearing, also Hilfe bei der Einschätzung wie weit eine Person sich schon radikalisiert hat, unterstützt Angehörige beim Bemühen, den Kontakt zur sich radikalisierenden Person zu halten, entwickelt mit ausstiegswilligen Personen, aber auch Rückkehrer*innen neue Perspektiven, insbesondere in religiöser und sozialer Hinsicht, und berät in Fällen von vermuteter Kindeswohlgefährdung. PROvention verfolgt einen systemischen Ansatz, bezieht das Umfeld der radikalisierten Person mit in den Prozess ein und versucht mit den Personen insbesondere auch Perspektiven im Hinblick auf ein neues soziales Umfeld zu entwickeln.

Stichworte # systemischer Ansatz
mehrsprachig
diversitätssensibel
Arbeit mit Geflüchteten
phänomenübergreifend
Kinder- und Jugendhilfe
PVO der BS im BAMF

Salam Sachsen-Anhalt (Standorte Halle, Magdeburg, Dessau)

Träger	Multikulturelles Zentrum Dessau e. V.
Kontakt	Telefon (Nord): 0391 597 591 66 (Magdeburg) Telefon (Süd): 0345 566 468-02 (Halle) E-Mail: info@salam-lsa.de
Formate u. Zielgruppe	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Fortbildung und Beratung für Fachkräfte in der Kinder- und Jugendhilfe, in der Bildung und in der Arbeit mit Geflüchteten ▶ Angebote für Mädchen und junge Frauen
Konzept	Salam setzt schwerpunktmäßig auf Primärprävention. Dabei liegt der Fokus auf interreligiöser und interkultureller Vermittlung, da islamisch begründeter Extremismus und antimuslimischer Rassismus sich wechselseitig verstärken. Als besonders außergewöhnlich kann gelten, dass Salam in der Konzeption ihrer Beratungsangebote auch die in der DDR aufgrund des Marxismus-Leninismus tradierte und in den neuen Bundesländern fortwirkende Religionsfeindlichkeit in den Blick nimmt. Das Team kombiniert islamwissenschaftliche mit sozialpädagogischer und regionalwissenschaftlicher Expertise. Die Beratungsangebote werden zielgruppenspezifisch konzipiert.
Stichworte	<ul style="list-style-type: none"> # Kinder- und Jugendhilfe # gendersensibel # religionssensibel

Turn – Verein für Gewalt- und Extremismusprävention (Wien, Österreich)

Träger	Turn – Verein für Gewalt- und Extremismusprävention, Wien
Kontakt	Telefon: (keine Angabe) E-Mail: info@turnprevention.com
Formate u. Zielgruppe	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Alternative Narrative Online für Jugendliche ▶ Online Streetwork für Jugendliche
Konzept	<p>Turn e. V. ist in Wien ansässig, arbeitet im Rahmen der Online Streetwork auch deutschlandweit.</p> <p>Turn legt Wert auf ein transdisziplinäres Team und fokussiert auf Online-Arbeit, zum einen in der Konzipierung von Videos mit (!) Jugendlichen, unter anderem solchen, die selbst schon dem islamisch begründeten Extremismus nahe standen und sich deradikalisiert haben, zum anderen in der aufsuchenden Jugendarbeit in den sozialen Medien. In ihren Workshops und der Online-Streetwork setzen sie den Schwerpunkt auf den narrativen Ansatz.</p> <p>Turn e. V. stellt unter https://www.beratungsstelleextremismus.at/news-info/materialien/ Materialien für die Arbeit zum islamisch begründeten Extremismus zur Verfügung.</p>
Stichworte	<ul style="list-style-type: none"> # Online Prävention # gendersensibel # religionssensibel # narrativer Ansatz

Ufuq e. V. (Berlin und Bayern)

Träger	Ufuq e. V., Berlin
Kontakt	Telefon: 030 983 410 51 E-Mail: info@ufuq.de
Formate u. Zielgruppe	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Fortbildungen und Beratung insbesondere für Lehrkräfte ▶ Workshops mit Jugendlichen ▶ Methoden für Schule
Konzept	<p>Ufuq arbeitet primärpräventiv und versteht das nicht als Arbeit »gegen« islamisch begründeten Extremismus, sondern vielmehr für ein demokratisches Miteinander. Dabei liegt der Schwerpunkt auf Empowerment und der Erfahrung von Selbstwirksamkeit seitens der Jugendlichen. In den Workshops und Fortbildungen werden islamisch begründeter Extremismus, aber ebenso antimuslimischer Rassismus aufgegriffen. Fachkräfte sollen insbesondere befähigt werden, islamisch begründeten Extremismus von jugendlicher Provokation oder Religionspraxis zu unterscheiden.</p> <p>Ufuq entwickelte die Material-Mappe »The Kids Are Alright« und stellt unter https://www.ufuq.de/lernmaterialien/ weitere Lernmaterialien zum Download zur Verfügung. Zudem bietet die Fachstelle von Ufuq e. V. in Bayern »Case Talks« – Gesprächsrunden für Pädagog*innen in Sachen Islam, antimuslimischer Rassismus und islamisch begründeter Extremismus.</p>
Stichworte	<ul style="list-style-type: none"> # religionssensibel # Jugendkulturansatz # diversitätssensibel

Yallah! Saar – Salafismusprävention im Saarland (Saarland)

Träger	FITT-Institut für Technologietransfer an der Hochschule für Technik und Wirtschaft des Saarlandes gGmbH, Saarbrücken
Kontakt	Telefon: 0681 585 040 E-Mail: fitt@fitt.de
Formate u. Zielgruppe	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Workshops für Jugendliche ▶ Beratungen und Fortbildungen für Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe
Konzept	<p>In den Beratungsangeboten für Fachkräfte steht für Yallah! die Diversität des Islams und genaue Abgrenzung vom islamisch begründeten Extremismus, aber auch antimuslimischer Rassismus im Fokus.</p> <p>In den primärpräventiven Workshops mit Jugendlichen setzt das Projekt seinen Schwerpunkt auf Empowerment, um Jugendliche zu stärken, bevor eine Hinwendung zur Szene stattfindet.</p>
Stichworte	<ul style="list-style-type: none"> # mehrsprachig # Kinder- und Jugendhilfe

5.2 Das Programm Respekt Coaches

Das Programm Respekt Coaches wurde 2018 durch die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Franziska Giffey ins Leben gerufen. Erklärtes Ziel des Projekts ist es, Jugendliche durch primärpräventive Angebote vor Radikalisierung im Bereich des islamisch begründeten Extremismus zu schützen. Diese sollen im Lebensumfeld der Jugendlichen angesiedelt sein und eng mit Schulen sowie weiteren Akteuren vor Ort, etwa Jugendclubs und den Kommunen, zusammenarbeiten. Ziel ist eine kontinuierliche Arbeit, die auf politische Bildung (durch Kooperationen mit Trägern der politischen Bildung und Präventionsarbeit) sowie sozialpädagogische Unterstützung bei der Lebensplanung und Kompetenzentwicklung setzt.⁴⁷ Neben der Extremismusprävention zielt das Projekt aber auch darauf ab, Mobbing, insbesondere religiösem Mobbing, an Schulen entgegen zu wirken.

Mittlerweile gibt es 188 Respekt Coaches-Standorte deutschlandweit. Sie befinden sich überwiegend in Trägerschaft des örtlichen Jugendmigrationsdienstes (JMD) oder der Arbeiterwohlfahrt (AWO).

Fand der Ansatz, flächendeckende Strukturen an und um Schulen zu schaffen, auch breiten Anklang, so stieß der Fokus auf »religiöses Mobbing« und Prävention von islamisch begründetem Extremismus auf Kritik. Insbesondere die Respekt Coaches in den ostdeutschen Bundesländern sahen sich mit ganz anderen Problemen konfrontiert.

Cultures Interactive war einer der Träger, die in den letzten zwei Jahren sehr eng, regelmäßig und deutschlandweit mit Respekt Coaches zusammenarbeiteten, insbesondere durch das Projekt PHÄNO_cultures. Im Rahmen dieser Arbeit wurden von den Respekt Coaches Kritikpunkte am Programm formuliert:

- ▶ Unklarheiten bezüglich der Aufgaben- und Kompetenzverteilung zwischen Sozialarbeiter*innen und Respekt Coaches an Schulen
- ▶ Mangelnde Vorbereitung auf die Aufgabe – die wenigsten Respekt Coaches sahen sich umfassend auf sämtliche pädagogische und präventive Aspekte ihrer Arbeit vorbereitet
- ▶ Unklarheiten über gute Kooperationspartner*innen für die anvisierten Bildungsangebote – dazu kam, dass »Demokratie leben« Ende 2019 weniger Mittel im Bereich der politischen Bildung zur Verfügung stellte, womit Projekte und Programme, die für die Respekt Coaches wichtige Kooperationspartner waren, wegbrachen.⁴⁸

Die durch die Institute IES und INBAS durchgeführte Evaluation des Projekts, die bis Ende 2021 durchgeführt wird und in der auch Rückmeldungen von Schüler*innen erfasst und ausgewertet werden, kamen Anfang 2020 zu dem Ergebnis, dass viele Jugendliche das Projekt bisher als sehr positiv erleben und deutliche Verbesserungen im Klassenklima und bei der Konfliktaustragung schildern.⁴⁹

- ▶ Website des Programms: <https://www.lass-uns-reden.de/>

⁴⁷ https://www.lass-uns-reden.de/fileadmin/Respekt_Coaches/Kurzkonzept_Respekt_Coaches.pdf

⁴⁸ All diese Punkte sind gesammelte Kritikpunkte von Einzelpersonen, mit denen Cultures Interactive e. V. zusammengearbeitet hat.

⁴⁹ <https://www.jugend-staerken.de/just/berichte/erste-erkenntnisse-der-evaluation-zum-jmd-programm-respekt-coaches/153014>

5.3 Staatliche Angebote

Aktion Neustart (Niedersachsen)	
Träger	Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport, Hannover
Kontakt	Tel: 0173 254 84 65 E-Mail: aktion.neustart@verfassungsschutz.niedersachsen.de www.aktion-neustart.de
Formate u. Zielgruppe	Beratung für radikalisierte Personen, Angehörige, Lehrer*innen sowie Jugendarbeit
Konzept	Die Aktion Neustart berät telefonisch, online und persönlich. Zudem ist sie auf mehreren sozialen Medien vertreten. Im Beratungsprozess liegt der Schwerpunkt auf Wertfreiheit und praktischer Hilfe bei den diversen Themen, die im Zuge eines Ausstieges aus der Szene auftauchen können.
Stichworte	# Online Beratung # auf sozialen Medien aktiv # phänomenübergreifend

API – Aussteigerprogramm Islamismus (Nordrhein-Westfalen)	
Träger	Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf
Kontakt	Telefon: 0211 837 19 26 E-Mail: kontakt@api.nrw.de
Formate u. Zielgruppe	Beratung für radikalisierte Personen
Konzept	Das Ausstiegsprogramm Islamismus arbeitet auf Grundlage unbedingter Freiwilligkeit. Der sichere Wille auszusteigen wird vorausgesetzt. Die Ausstiegsarbeit fokussiert auf persönliche Beratung, Ausstiegswillige werden eng begleitet. Im Zentrum stehen Unterstützung bei der Verbesserung der Lebenssituation und praktische Hilfen im Zusammenhang mit Schule, Ausbildung und Behörden. Das API hilft auch bei Problemen rund um Schulden, Sucht und Gewalt.

Beratungsstelle SALAM (Rheinland-Pfalz)	
Träger	Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung
Kontakt	Tel: 0800 725 26 10 E-Mail: salam@tsjv.rlp.de
Formate u. Zielgruppe	Beratung für radikalisierte Personen, Angehörige und Institutionen
Konzept	Ziel der Beratung von SALAM ist es, dass sich Jugendliche von gewaltbefürwortenden Haltungen und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit distanzieren. In den Prozess der Distanzierung sollen Angehörige, aber auch Lehrer*innen und Jugendarbeiter*innen mit einbezogen werden. SALAM bietet dabei Unterstützung sowie Weiterbildungen, insbesondere auch zu Interventionsmöglichkeiten.

Konex – Kompetenzzentrum gegen Extremismus (Baden-Württemberg)

Träger	Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen Baden-Württemberg, Stuttgart
Kontakt	Telefon: 0711 279 45 55 E-Mail: ausstiegsberatung@konex.bwl.de
Formate u. Zielgruppe	Beratung für radikalisierte Personen, Angehörige und Institutionen
Konzept	Das Ausstiegsprogramm von konex arbeitet auf Grundlage unbedingter Freiwilligkeit. Nach dem Erstkontakt wird in einem persönlichen Gespräch die aktuelle Situation und Bedürfnislage ermittelt, auf deren Grundlage ein individueller Aktionsplan für den Ausstieg festgelegt wird. Das Ausstiegsprogramm steht Aussteiger*innen auf Wunsch auch nach dem gelungenen Ausstieg noch als Ansprechpartner zur Verfügung.
Stichworte	# phänomenübergreifend

KORA – Koordinierungs- und Beratungsstelle Radikalisierungsprävention

Träger	Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz, Geschäftsbereich Gleichstellung und Integration, Dresden
Kontakt	Telefon: 0351 564 549 49 E-Mail: kora@sms.sachsen.de
Formate u. Zielgruppe	Beratung für Angehörige und soziales Umfeld von radikalisierten Personen
Konzept	Hauptziel der <i>Umfeldberatung</i> ist die Unterstützung bei der Deutung und dem Umgang mit Radikalisierungsanzeichen, Handlungskompetenz soll gestärkt werden. KORA bietet einen individuellen Beratungsprozess, im Zuge dessen ein Maßnahmenplan mit möglichen und notwendigen Schritten erarbeitet wird, um Radikalisierung aufzuhalten. In der <i>Ausstiegsberatung</i> liegt der Fokus auf Biographiearbeit, dem Aufbau eines neuen privaten Netzwerkes mit unterschiedlichen sozialen Kontakten jenseits der extremistischen Szene, der Entwicklung von Zukunftsperspektiven und dem Training von Ambiguitätstoleranz.
Stichworte	# systemischer Ansatz

Wegberater (Baden-Württemberg)

Träger	Stadt Freiburg im Breisgau
Kontakt	Tel: 0761 201 63 07 E-Mail: wegberater@stadt.freiburg.de
Formate u. Zielgruppe	Beratung für radikalisierte Personen, Familie und soziales Umfeld, sowie Schule und Jugendarbeit
Konzept	Die Beratungsstelle Wegberater arbeitet sowohl mit radikalisierten Personen als auch Angehörigen. Kann eine radikalisierte Person nicht direkt erreicht werden, versucht Wegberater über die Angehörigen und Freund*innen einen Zugang zu finden. Besonderer Fokus wird auf Clearing gelegt. In der Distanzierungsarbeit wird der Fokus auf theologische und psychologische Begleitung gelegt. Die Beratungsstelle steht zudem im Kontakt mit Moscheen, der Leiter hat selbst lange als Imam gearbeitet.
Stichworte	# systemischer Ansatz # theologischer Ansatz # religionssensibel

5.4 Die Struktur von Wegweiser in Nordrhein-Westfalen

Wegweiser ist das Präventionsprogramm des Landes Nordrhein-Westfalen gegen islamisch begründeten Extremismus, welches 2014 mit drei Anlaufstellen startete. Es wird umgesetzt vom Ministerium des Innern, Abteilung Verfassungsschutz NRW und möchte Radikalisierungsprozesse möglichst früh aufhalten. Damit setzt das Bundesland auf dezentrale Strukturen vor dem Hintergrund, dass es als eine der Hochburgen des islamisch begründeten Extremismus gilt.⁵⁰ Dafür sollen in NRW möglichst flächendeckend Beratungsstellen zur Verfügung stehen, die neben der Deradikalisierungsarbeit auch Clearing und Beratung rund um die Themen Islam und islamisch begründeter Extremismus anbieten. Die lokalen Beratungsstellen befinden sich in eigener Trägerschaft verschiedener zivilgesellschaftlicher Organisationen.

Der Verfassungsschutz NRW übernimmt die Finanzierung der Beratungsstellen unbefristet, »fördert einen breiten Ausbau der Netzwerke, bringt bei Bedarf sein Wissen zum extremistischen Salafismus ein und sensibilisiert relevante Stellen für das Thema. Die Beratungsarbeit vor Ort findet unabhängig vom Verfassungsschutz unter Wahrung von Vertraulichkeit statt.«⁵¹

Die lokalen Träger, die Wegweiser in den jeweiligen Standorten umsetzen, haben z. T. unterschiedliche Schwerpunkte, gemeinsam ist aber allen Projekten in der Wegweiser-Struktur ein ganzheitlicher Ansatz und eine umfangreiche Netzwerkarbeit, die zum einen über die Einbeziehung verschiedener relevanter Akteure die langfristige Wirkung der Deradikalisierungsarbeit sicher stellen soll und zum anderen die Expertisen verschiedener Strukturen – Moscheegemeinden, Jugendarbeit, politische Bildung ebenso wie Sicherheitsbehörden – für sich nutzbar macht. Alle Beratungsstellen im Wegweiser-Netzwerk arbeiten dabei grundsätzlich mit einem systemischen Ansatz, der – soweit möglich – das soziale Umfeld der Ratsuchenden in den Prozess mit einbezieht.

Junge Menschen sollen möglichst früh im Radikalisierungsprozess erreicht und durch Ausbau ihres sozialen Netzwerks sowie Stärkung ihrer eigenen Kompetenzen vor einem Abgleiten in die Szene bewahrt werden.

Eine Evaluation des Programmes ist geplant.

Darüber hinaus startete der Verfassungsschutz NRW mit dem YouTube-Kanal »jihadi Fool«⁵² den Versuch, Online Prävention zu betreiben. In einem Video dieses Kanals werden auch die »Wegweiser«-Beratungsstellen vorgestellt.

⁵⁰ So kam aus NRW z. B. die sogenannte »Sauerland-Gruppe«, eine deutsche Zelle der Islamischen Jihad Union (IJU) und eine Gruppe junger Männer, die 2009 von NRW nach Waziristan ging (vgl. Schmidt, 2012). Pierre Vogel, möglicherweise der bekannteste deutsche Salafist, ist in NRW ansässig. NRW hat nach wie vor die höchste Zahl an Salafisten.

⁵¹ https://www.im.nrw/system/files/media/document/file/Wegweiser_FAQ_2021.pdf

⁵² <https://www.youtube.com/channel/UCCKTQUPNZjw8VFIZWB2CMfg>

Wegweiser Erstanlaufstelle

Träger	Landesministerium des Inneren NRW, Düsseldorf
Kontakt	Telefon: 0211 871 27 28 E-Mail: info@wegweiser.nrw.de www.wegweiser.nrw.de
Formate u. Zielgruppe	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Beratung für Personen, die den ersten Kontakt zur Szene geknüpft haben ▶ Familienangehörige ▶ Lehrer*innen, Schüler*innen, Sozialarbeiter*innen ▶ Institutionen, Vereine, Einrichtungen, Fachpersonal im Sozialen Dienst, Gemeindeverantwortliche (Imam, Priester, Pfarrer*innen)
Konzept	Die Wegweiser-Erstanlaufstelle stellt den Erstkontakt im konkreten Beratungsfall und vermittelt an die zuständigen lokalen Träger im Land Nordrhein-Westfalen weiter.
Stichworte	# Erstkontakt # Clearing

Wegweiser in der Region Aachen

Träger	Integrationsamt der Stadt Aachen
Kontakt	Telefon: 0241 432 566 50 E-Mail: info@wegweiser-region-aachen.de
Formate u. Zielgruppe	Beratung und Begleitung für radikalisierte Personen, Angehörige, Freund*innen, Lehrer*innen, Behörden und Institutionen
Konzept	Wegweiser Aachen arbeitet mit einem systemischen Ansatz, der alle relevanten Akteure (Familie, Schule und soziales Umfeld, aber auch Jugendamt, Jobcenter und Fachstellen) in den Beratungsprozess mit einbezieht. Gemeinsam mit dem*der Ratsuchenden sollen alternative Wege und Lösungsstrategien erarbeitet werden, um eine Perspektive jenseits der Radikalisierung zu eröffnen.
Stichworte	# diversitätssensibel # mehrsprachig # systemischer Ansatz # Kinder- und Jugendhilfe

Wegweiser im Bergischen Land

Träger	Stadt Wuppertal
Kontakt	Telefon: 0202 563 49 45 E-Mail: wegweiser@stadt.wuppertal.de
Formate u. Zielgruppe	Beratung für radikalisierte Personen, deren Familien und Umfeld
Konzept	Wegweiser Bergisches Land bezieht in den Beratungs- und Betreuungsprozess alle relevanten Akteure (Schule, Jugendamt, Jobcenter, Fachstellen) mit ein. Im Zentrum der Arbeit mit radikalisierten oder radikalierungsgefährdeten Personen steht der individuelle Umgang mit der Suche nach einer stabilen Identität, dabei werden identitätsstiftende Faktoren wie z. B. die eigene Biografie, Religion und kulturelle Einflüsse, unterschiedliche Erziehungsstile und Familienstrukturen, aber auch persönliche Diskriminierungserfahrungen und Krisen zum Thema gemacht. Individuelle und soziale Kompetenzen sollen im Begleitungsprozess gestärkt werden.
Stichworte	# mehrsprachig # telefonische Beratung # systemischer Ansatz # Kinder- und Jugendhilfe

Wegweiser in Bielefeld u. in den Kreisen Herford, Gütersloh u. Minden-Lübbecke

Träger	Arbeiterwohlfahrt (AWO) Kreisverband Bielefeld
Kontakt	Telefon: 0521 520 89 49 E-Mail: wegweiser-bielefeld@awo-bielefeld.de
Formate u. Zielgruppe	Beratung von radikalisierten Personen, deren Angehörigen, Umfeld sonstigen Betroffenen und Institutionen
Konzept	Wegweiser Bielefeld will Radikalisierung entgegenwirken, indem sie junge Menschen in Krisensituationen unterstützen und mit ihnen Lösungsansätze und Alternativen erarbeiten. Im Zentrum steht dabei die individuelle Situationsanalyse, anhand derer konkrete Schritte erarbeitet werden. Die Beratungsstellen begleiten zu Terminen, helfen beim Kontakt mit Behörden und nehmen Kontakt mit Expert*innen und zu weiterführenden Angeboten (z. B. Jugendeinrichtungen und Imame) auf.
Stichworte	# diversitätssensibel # mehrsprachig # Kinder- und Jugendhilfe

Wegweiser in Bochum und Herne

Träger	IFAK e. V. – Verein für multikulturelle Kinder- und Jugendhilfe – Migrationsarbeit, Bochum
Kontakt	Telefon: 0234 640 50 81 E-Mail: info@wegweiser-bochum.de
Formate u. Zielgruppe	Beratung für radikalierungsgefährdete Jugendliche, deren Familien und soziales Umfeld sowie Institutionen
Konzept	Wegweiser Bochum/Herne arbeitet mit einem systemischen Ansatz, der soziales Umfeld, Schule und Jugendeinrichtungen in den Begleitungsprozess mit einbezieht, um ganzheitliche Lösungsstrategien zu entwickeln, die den Betroffenen langfristige Perspektiven eröffnen. Als wichtig für das Gelingen des Prozesses sieht die Beratungsstelle die freiwillige Mitarbeit der radikalisierten bzw. radikalierungsgefährdeten Person an, sowie die Mobilisierung deren Eigenressourcen.
Stichworte	# mehrsprachig # diversitätssensibel # systemischer Ansatz # personenzentrierter Ansatz

Wegweiser in den Kreisen Borken und Coesfeld

Träger	Interkulturelle Begegnungsprojekte e. V. (IBP), Coesfeld
Kontakt	Telefon: 0254 188 801 12 E-Mail: wegweiser@ibp-ev.de
Formate u. Zielgruppe	Beratung und Begleitung für radikalisierte Personen, Angehörige, Freund*innen, Lehrer*innen, Behörden und Institutionen
Konzept	Das Team setzt sich aus Mitarbeitenden unterschiedlichster Professionen zusammen. Um möglichst zielorientiert gegen Radikalisierung vorzugehen, bindet das Team örtliche Netzwerkpartner (Schulen, Familienberatungsstellen, Moscheen, Sozialverbände und Polizei) mit ein. Es werden auch anonyme telefonische Beratungen angeboten.
Stichworte	# Telefonberatung (anonym) # Kinder- und Jugendhilfe

Wegweiser in Bonn, im Kreis Euskirchen und im Rhein-Sieg-Kreis

Träger	Stadt Bonn
Kontakt	Telefon: 0228 776 150 oder 0228 776 160 E-Mail: wegweiser@bonn.de
Formate u. Zielgruppe	Beratung für radikalisierte Personen, Eltern, soziales Umfeld und Institutionen (Schule, Jugendeinrichtungen)
Konzept	Wegweiser Bonn setzt im Begleitungsprozess auf eine Situationsanalyse und angepasste Maßnahmen. Wichtig ist der Beratungsstelle neben der Langfristigkeit – die Stelle ist auch nach abgeschlossener Beratung für die betroffene(n) Person(en) erreichbar – die Unterscheidung zwischen religiösem Leben und Extremismus. Die Beratungsstelle arbeitet mit einem breiten Netzwerk zusammen. Sie ist ebenso Ansprechpartner*in für Beratungsfälle, die den Einfluss salafistischer Eltern auf die pädagogische Arbeit in Kitas und Schulen betreffen.
Stichworte	# mehrsprachig # religionssensibel # Kinder- und Jugendhilfe

Wegweiser in Kreis Wesel und Dinslaken

Träger	Internationaler Bund (IB), Wesel
Kontakt	Mobil: 0176 349 096 67 Telefon: 0281 164 508 33 E-Mail: wegweiser-kreis-wesel@ib.de
Formate u. Zielgruppe	Beratung für radikalisierte Personen und deren Umfeld
Konzept	Wegweiser Dinslaken ermittelt im Begleitungsprozess die individuelle Situation des*der Ratsuchenden. Bei der Entwicklung konkreter Hilfsangebote setzen sie auf passgenaue und umsetzbare Maßnahmen, wobei die Aktivierung lokaler Netzwerkpartner (u. a. Moscheen) möglich ist.
Stichworte	# mehrsprachig # diversitätssensibel

Wegweiser in Dortmund, Hamm und im Kreis Unna

Träger	Multikulturelles Forum e. V., Dortmund
Kontakt	Telefon: 0231 532 146 14 E-Mail: info@wegweiser-dortmund.de
Formate u. Zielgruppe	Beratung für radikalisierte Personen, deren soziales Umfeld sowie Institutionen
Konzept	Wegweiser Dortmund ermittelt im Begleitungsprozess die individuelle Situation des*der Ratsuchenden. Bei der Entwicklung konkreter Hilfsangebote setzen sie auf passgenaue und umsetzbare Maßnahmen, wobei die Aktivierung lokaler Netzwerkpartner (u. a. Moscheen) möglich ist. Die Beratungsstelle verfolgt dabei einen kultursensiblen Ansatz.
Stichworte	# mehrsprachig # diversitätssensibel

Wegweiser in den Kreisen Düren und Heinsberg

Träger	Amt für Schule, Bildung und Integration Düren
Kontakt	Telefon: 02421 221 040 052 E-Mail: wegweiser@kreis-dueren.de
Formate u. Zielgruppe	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Beratung und Begleitung für radikalisierte Personen, Angehörige, Freund*innen, Lehrer*innen, Behörden und Institutionen ▶ Bildungsangebote zum Thema gewaltbereiter Salafismus
Konzept	Die Beratungsstelle bezieht alle wichtigen Akteure (z. B. Eltern, Schule, Jugendamt, Jobcenter, Moscheen, Fachstellen etc.) bei Bedarf in die Beratung ein, wenn es gewünscht ist. Sie setzt in der Beratung auf individuell angepasste Lösungsstrategien.
Stichworte	# Telefonberatung (anonym) # Kinder- und Jugendhilfe

Wegweiser in Düsseldorf und im Kreis Mettmann

Träger	Aktion Gemeinwesen und Beratung e. V. (AGB)
Kontakt	Telefon: 0211 876 645 41 E-Mail: info@wegweiser-duesseldorf.de
Formate u. Zielgruppe	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Beratung und Begleitung für radikalisierte Personen, Angehörige und Multiplikator*innen ▶ Zielgruppenspezifische Präventionsangebote ▶ Information und Fortbildungen zu gewaltbareitem Salafismus
Konzept	Das Team setzt sich aus Mitarbeitenden unterschiedlichster Professionen (Sozialpädagogik, Coaching, systemische Beratung u. m.) zusammen und wird darüber hinaus zu islamwissenschaftlichen Expertisen gebieft. Grundsätze der Beratungsarbeit dieser Wegweiserstelle sind Freiwilligkeit, pädagogische Beratung und Begleitung, Schweigepflicht und Vertrauen sowie ganzheitliche und individuelle Fallarbeit. Die Beratungsstelle ist vernetzt mit Schulen, Institutionen, Moscheegemeinden und Vereinen.
Stichworte	# systemischer Ansatz

Wegweiser in Duisburg

Träger	Arbeiterwohlfahrt (AWO) Duisburg
Kontakt	Telefon: 0203 392 029 07 E-Mail: wegweiser@awo-integration.de
Formate u. Zielgruppe	Beratung für radikalisierte Personen, deren soziales Umfeld sowie Institutionen
Konzept	Wegweiser Duisburg arbeitet systemisch, setzt in der Beratungsarbeit außerdem einen Fokus auf einen kultur- und religionssensiblen Ansatz.
Stichworte	# systemischer Ansatz # diversitätssensibel # Kinder- und Jugendhilfe

Wegweiser in Essen

Träger	Ordnungsamt der Stadt Essen
Kontakt	Telefon: 0201 523 258 90 E-Mail: wegweiser@essen.de
Formate u. Zielgruppe	Beratung für radikalisierte Personen und deren Angehörige
Konzept	Wegweiser Essen zielt schwerpunktmäßig auf junge Menschen, die gerade dabei sind, sich zu radikalisieren. In der Arbeit mit den Betroffenen greift die Beratungsstelle auf ein breites Netzwerk zurück, sie arbeitet eng mit Moscheegemeinden, Jugendclubs, kommunalen Ämtern, dem Jobcenter Essen und der Polizei zusammen. Neben der Arbeit mit den Jugendlichen bietet Wegweiser Essen Sensibilisierung und Aufklärung des Umfelds.
Stichworte	# systemischer Ansatz

Wegweiser in Gelsenkirchen

Träger	IFAK e. V. – Verein für multikulturelle Kinder- und Jugendhilfe – Migrationsarbeit, Gelsenkirchen
Kontakt	Telefon: 0209 590 891 33 E-Mail: info@wegweiser-gelsenkirchen.de
Formate u. Zielgruppe	► Beratung für radikalisierte Personen und deren Angehörige ► Bildungs- und Aufklärungsarbeit
Konzept	Die Beratungsstelle legt ihren Schwerpunkt auf primärpräventive Angebote für Jugendliche sowie Beratung, Begleitung und Fortbildung für Familien, aber auch Fachkräfte. In der Beratung für radikalierungsgefährdete Jugendliche und ihre Angehörigen setzt die Stelle auf einen ganzheitlichen Ansatz.
Stichworte	# Telefonberatung # ganzheitlicher Ansatz

Wegweiser in Hagen, im Ennepe-Ruhr-Kreis und im Märkischen Kreis

Träger	Arbeiterwohlfahrt (AWO) Hagen
Kontakt	Telefon: 02331 934 69 80 E-Mail: wegweiser@ha-en-mk.de
Formate u. Zielgruppe	► Beratung für radikalisierte Jugendliche und junge Erwachsene und deren Angehörige ► Bildungsangebote zu Salafismus
Konzept	Diese Wegweiserstelle setzt auf Prävention durch Information und bietet zahlreiche Workshops zu den Themen Salafismus, Frauen im Islam und Radikalisierung für Vereine, Einrichtungen und Gruppen.

Wegweiser im Hochsauerlandkreis und im Kreis Soest

Träger	Arbeiterwohlfahrt (AWO) Meschede
Kontakt	Telefon: 0291 908 786 88 E-Mail: wegweiser@die-awo.de
Formate u. Zielgruppe	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Beratungs- und Präventionsangebote für gefährdete Jugendliche und junge Erwachsene sowie deren soziales Umfeld ▶ Informationsveranstaltungen für Institutionen
Konzept	Die Beratungsstelle setzt auf primärpräventive Arbeit in Kooperation mit Schulen, Jugendzentren, Jobcentern, Polizei und Jugendämtern. Radikalisierungsprozessen soll so frühzeitig entgegengetreten werden. In der Beratung arbeitet die Wegweiser-Stelle nach den Prinzipien: Freiwilligkeit, Vertrauen und Transparenz sowie Respekt vor religiösen Überzeugungen. Beratungs- und Informationsangebote können auch genderspezifisch durchgeführt werden.
Stichworte	<ul style="list-style-type: none"> # Telefonberatung (anonym) # diverses Team # religionssensibler Ansatz # gendersensibler Ansatz # mehrsprachig

Wegweiser in Köln, Leverkusen und im Rhein-Erft-Kreis

Träger	Arbeiterwohlfahrt (AWO) Köln
Kontakt	Telefon: 0221 888 104 44 E-Mail: wegweiser@awo-koeln.de
Formate u. Zielgruppe	Beratung für radikalisierte Personen, deren Familien und soziales Umfeld sowie Institutionen
Konzept	Wegweiser Köln setzt im Beratungs- und Begleitungsprozess auf eine kompetente Problemanalyse und konkrete, individualisierte Hilfe. Im Begleitungsprozess kann auf ein breites Netzwerk zurückgegriffen und im Bedarfsfall können Expert*innen aktiviert werden. Wegweiser Köln begleitet sowohl die radikalisierten Personen als auch Angehörige während des gesamten Prozesses.
Stichworte	<ul style="list-style-type: none"> # mehrsprachig # religionssensibel

Wegweiser in den Kreisen Lippe, Höxter und Paderborn

Träger	Arbeiterwohlfahrt (AWO) Lemgo
Kontakt	Telefon: 05261 667 31 32 E-Mail: wegweiser-lip-hx-pb@awo-wegweiser.de
Formate u. Zielgruppe	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Beratung für Jugendliche und junge Erwachsene, die erste Kontakte zur Szene geknüpft haben, sowie deren Umfeld ▶ Bildungsangebote für Institutionen
Konzept	Die Berater*innen von Wegweiser begleiten betroffene junge Menschen unter Einbezug des sozialen Umfeldes und eines breiten lokalen Netzwerks. Sie geben Einschätzungshilfe für Personen, die Verhaltensänderungen bei ihnen nahestehenden jungen Menschen wahrnehmen, und unterstützen sie. Daneben informieren und sensibilisieren die Wegweiser lokale Akteure wie Schulen, Jugendeinrichtungen, Sportvereine und Behörden zum Themenfeld Islamismus und Radikalisierung.

Wegweiser in Krefeld und im Kreis Kleve

Träger	Internationaler Bund (IB) Krefeld
Kontakt	Telefon: 02151 655 97 14 E-Mail: wegweiser-krefeld-kreis-kleve@ib.de
Formate u. Zielgruppe	Beratung für Jugendliche und junge Erwachsene sowie deren Umfeld
Konzept	Diese Wegweiser-Stelle versteht sich dezidiert nicht als Anlaufstelle für Deradikalisierung und Ausstieg und verweist auf das Aussteigerprogramm des Ministeriums. Sie versteht sich als Anlaufstelle zum Thema extremistischer Salafismus für Ratsuchende und Multiplikator*innen.
Stichworte	# kultursensibler Ansatz

Wegweiser in Mönchengladbach und im Kreis Viersen

Träger	Der Paritätische Mönchengladbach
Kontakt	Telefon: 0176 471 604 69 E-Mail: wegweiser@pariteam-mg.de
Formate u. Zielgruppe	Beratung für Jugendliche und junge Erwachsene
Konzept	Die Wegweiser-Stelle bietet Beratung, Begleitung und Primärprävention. Sie setzen auf ein multidisziplinäres Team (Islamwissenschaft und Sozialpädagogik). In der Beratung sollen gemeinsam mit den Ratsuchenden alternative Wege und individuelle Lösungsstrategien entwickelt werden, um eine Perspektive außerhalb der Radikalisierung zu eröffnen.
Stichworte	# Telefonberatung (anonym) # mehrsprachig

Wegweiser in Münster und in den Kreisen Steinfurt und Warendorf

Träger	Verein sozial-integrativer Projekte Münster (ViP e. V.)
Kontakt	Telefon: 0251 395 153 05 0251 395 153 06 E-Mail: post@muenster-wegweiser.de
Formate u. Zielgruppe	Beratung und Begleitung für radikalisierte Personen, deren Familien und Umfeld
Konzept	Wegweiser Münster bezieht in den Beratungs- und Betreuungsprozess alle relevanten Akteure (Schule, Jugendamt, Jobcenter, Fachstellen) mit ein. Im Zentrum der Arbeit mit radikalisierten oder radikalierungsgefährdeten Personen steht der individuelle Umgang mit der Suche nach einer stabilen Identität, dabei werden identitätsstiftende Faktoren wie z. B. die eigene Biografie, Religion und kulturelle Einflüsse, unterschiedliche Erziehungsstile und Familienstrukturen, aber auch persönliche Diskriminierungserfahrungen und Krisen zum Thema gemacht. Individuelle und soziale Kompetenzen wie z. B. Ambiguitätstoleranz sollen im Begleitungsprozess gestärkt werden.
Stichworte	# mehrsprachig # diversitätssensibel # systemischer Ansatz

Wegweiser in Oberhausen und Mülheim an der Ruhr

Träger	Ruhrwerkstatt – Kulturarbeit im Revier e. V.
Kontakt	Telefon: 0208 857 56-0 E-Mail: info@ruhrwerkstatt.de
Formate u. Zielgruppe	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Beratung für Jugendliche und junge Erwachsene ▶ Unterstützung bei der primärpräventiven Arbeit
Konzept	Die Wegweiser-Stelle setzt auf »Ausstieg vor dem Einstieg« und setzt auf Primärprävention. Für Aussteiger*innen bietet die Stelle Weitervermittlung an ein Aussteiger-Programm.

Wegweiser im Rheinisch-Bergischen Kreis und im Oberbergischen Kreis

Träger	Arbeiterwohlfahrt (AWO) Bergisch Gladbach
Kontakt	Telefon: 02202 708 10 20 E-Mail: wegweiser@awo-rhein-oberberg.de
Formate u. Zielgruppe	Beratung, Sensibilisierung, Begleitung, Prävention
Konzept	Die Beratungsstelle setzt im Rahmen der Primärprävention auf Sensibilisierung auch in Bezug auf Themen wie antimuslimischen Rassismus. In der Beratung wird ein ganzheitlicher Ansatz verfolgt.

Wegweiser in den Kreisen Siegen-Wittgenstein und Olpe

Träger	Der Paritätische und Die Brücke e. V. Siegen
Kontakt	Hotline: 0271 238 686-36 Festnetz: 0271 238 686-16 E-Mail: info@wegweiser-siwo.de
Formate u. Zielgruppe	Beratung und Aufklärung
Konzept	Die Beratungsstelle verfolgt einen systemischen Ansatz. Dabei setzt sie auf das Vermitteln von Kompetenzen im Bereich gewaltfreier Kommunikation und ganzheitlichem Dialog. Grundsätze der Beratung sind Wertschätzung, Akzeptanz und Gleichberechtigung.
Stichworte	# systemischer Ansatz

Wegweiser im Vest (Kreis Recklinghausen und Bottrop)

Träger	RE/init e. V. Bottrop
Kontakt	Telefon: 0179 420 61 91 E-Mail: info@wegweiser-vest.de
Formate u. Zielgruppe	Beratung und Aufklärung
Konzept	<p>Wegweiser Vest bietet diverse Online-Angebote und setzt sich intensiv mit Social Media und islamisch begründetem Extremismus auseinander. Die Stelle hat ein Expert*innennetzwerk aufgebaut, das sich derzeit auch online trifft. Die Beratung der Stelle beruht auf den Grundsätzen:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▶ Vertraulichkeit ▶ Lösungsorientierung ▶ Langfristigkeit ▶ Wertschätzung und Respekt ▶ Anonymität (bei Bedarf) ▶ Nachhaltigkeit
Stichworte	# Medienpädagogik # religionssensibel

Wegweiser im Rhein-Kreis Neuss

Träger	Arbeiterwohlfahrt (AWO) Neuss
Kontakt	Telefon: 02131 153 98 22 E-Mail: info@wegweiser-rheinkreisneuss.de
Formate u. Zielgruppe	Beratung für Jugendliche und junge Erwachsene, die gefährdet sind, sowie deren Umfeld
Konzept	Die Stelle bietet Beratung vor Ort, via Mail und telefonisch. Die Beratung erfolgt vertraulich und individuell. Die Berater*innen verweisen Ratsuchende nicht einfach weiter, sondern bleiben verantwortliche Begleiter*innen über den gesamten Zeitraum. Sie entwickeln gemeinsam mit den Expert*innen konkrete und umsetzbare Hilfen.

Wegweiser im Kreis Wesel

Träger	Internationaler Bund (IB) Wesel
Kontakt	Telefon: 0176 349 096 67 E-Mail: wegweiser-kreis-wesel@ib.de
Formate u. Zielgruppe	Beratung und Aufklärung
Konzept	Die Stelle berät und begleitet primär Betroffene (Jugendliche und junge Erwachsene) sowie sekundär Betroffene (z. B. Eltern, Angehörige, Freunde, Lehrkräfte und andere Bezugspersonen). Wegweiser ist außerdem Ansprechpartner für Schulen, Jugendhilfeeinrichtungen, Vereine und arbeitet mit Beratungsstellen.

5.5 Die Beratungsstelle Radikalisierung im BAMF

Die Beratungsstelle »Radikalisierung« im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge wurde 2012 eingerichtet. Sie bietet eine telefonische Erstanlaufstelle für Personen, die befürchten, dass sich jemand in ihrem Umfeld in Richtung islamisch begründeter Extremismus radikalisiert. Die Beratungsstelle klärt im Erstgespräch die Anliegen der Ratsuchenden und vermittelt bei Bedarf an die Beratungsstellen vor Ort bzw. die Landeskompetenzzentren im jeweiligen Bundesland.

Sie arbeiten dabei – ähnlich wie im Wegweiser-Programm das Ministerium des Innern NRW – mit Projekten ziviler Träger zusammen:

- ▶ PROvention in Schleswig-Holstein
- ▶ HAYAT in Berlin und Bonn, zudem zuständig für Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen
- ▶ Legato in Hamburg
- ▶ Kitab / Vaja e. V. in Bremen
- ▶ beRATen in Niedersachsen
- ▶ Grenzgänger in Nordrhein-Westfalen
- ▶ Violence Prevention Network (VPN) in Hessen, Baden-Württemberg und Bayern
- ▶ Beratungsstelle Salam in Rheinland-Pfalz

Diese werden »Partner vor Ort der Beratungsstelle Radikalisierung im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge« – kurz: PVO der BS im BAMF – genannt.

Bundesland	Landeskompetenzzentrum	verantwortliche Behörde
Bayern	Kompetenzzentrum für Deradikalisierung	Bayerisches Landeskriminalamt
Berlin	Landeskommission Berlin gegen Gewalt	Berliner Senatsverwaltung für Inneres und Sport
Bremen	Referat Kinder- und Jugendschutz	Senatorische Behörde für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport Bremen
Baden-Württemberg	Kompetenzzentrum zur Koordinierung des Präventionsnetzwerks gegen (islamistischen) Extremismus in Baden-Württemberg	Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration Baden-Württemberg
Hamburg	Referat Stärkung der Zivilgesellschaft	Hamburger Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration
Hessen	Hessisches Informations- und Kompetenzzentrum gegen Extremismus	Hessisches Ministerium für Inneres und für Sport
Niedersachsen	Referat Migration und Teilhabe	Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
Nordrhein-Westfalen	Abteilung Verfassungsschutz	Ministerium für Inneres und Kommunales in Nordrhein-Westfalen (▶ Wegweiser)
Rheinland-Pfalz	Referat Jugendpolitik, Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit, Demokratie-erziehung	Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz des Landes Rheinland-Pfalz
Schleswig-Holstein	Landeskoordinierungsstelle gegen religiös motivierten Extremismus	Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten Schleswig-Holstein

Die Träger setzen in der Beratung eigene Schwerpunkte, haben sich jedoch beim Ablauf auf ein gemeinsames Konzept geeinigt, sie arbeiten multiprofessionell und prozessorientiert nach folgendem Schema:

- ▶ Erstkontakt
- ▶ Lageanalyse
- ▶ Strategieentwicklung
- ▶ Auswahl der multiprofessionellen Instrumente
- ▶ Einsatz der multiprofessionellen Instrumente
- ▶ Reflexion der Wirkung mit der*dem Ratsuchenden
- ▶ erneute Lageanalyse
- ▶ Strategieanpassung

Im Hinblick auf Agieren in sicherheitsrelevanten Szenarien gehen die Träger unterschiedlich vor:

- ▶ HAYAT (jetzt Grüner Vogel e. V.) z. B. arbeitet nur nach Absprache mit den Ratsuchenden mit den Behörden zusammen und versucht in sicherheitsrelevanten Fällen bei den Ratsuchenden die Einsicht zu erzielen, selbst zu den Behörden zu gehen,
- ▶ GRENZGÄNGER arbeitet eng mit dem Wegweiser-Programm in NRW zusammen,
- ▶ KITAB / VAJA setzt von Anfang an auf umfassende Beratung zum Thema Datenschutz und Persönlichkeitsrechte sowie Fallkonferenzen.

Literaturverzeichnis

- Abu Hanieh, Hassan & Abu Rumman, Mohammad (2018). *Dschihadistinnen – Faszination Märtyrertod*. Bonn: Dietz Verlag.
- Baer, Silke (2017). *Mädchen im Blick: Genderreflektierte Präventionsarbeit*. In: Kärigel, Jana. »Sie haben keinen Plan B« Radikalisierung, Ausreise, Rückkehr – zwischen Prävention und Intervention. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Baer, Silke; Groß, Anna & Jäger, Marie (2020). *Phänomenübergreifende und gendersensible Präventionsarbeit im Projekt PHÄNO_cultures*. In: Höbl, Stefan; Jamal, Lobna & Schellenberg, Frank. Politische Bildung im Kontext von Islam und Islamismus. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Baaken, Till & Ruf, Maximilian (2018). *Gemeinsame Elemente in den Ideologien von Rechtsextremistinnen bzw. Rechtsextremisten und Islamistinnen bzw. Islamisten*. In: Drachenfels, Margarete von; Offermann, Carmen & Wunderlich, Philipp. Radikalisierung und Deradikalisierung in Deutschland – eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung. https://www.hsfk.de/fileadmin/HSFK/hsfk_publicationen/GE_Radikalisierung_und_De-Radikalisierung_in_Deutschland.pdf [Stand 4.4.2022]
- Baaken, Till et al. (2018). *Herausforderung Deradikalisierung: Einsichten aus Wissenschaft und Praxis*. https://www.hsfk.de/fileadmin/HSFK/hsfk_publicationen/prif0918.pdf [Stand 4.4.2022]
- Becker, Helle; Fereidooni, Karim; Krüger, Thomas; Nordbruch, Götz & Oberle, Monika (2020). *Perspektiven der politischen Bildung im Zusammenhang mit Islam und Islamismus in der pluralen Gesellschaft*. In: Höbl, Stefan; Jamal, Lobna & Schellenberg, Frank. Politische Bildung im Kontext von Islam und Islamismus. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Benslama, Fethi (2017). *Der Übermuslim – Was junge Menschen zur Radikalisierung treibt*. Berlin: Verlag Matthes & Seitz.
- Biskamp, Floris (2020). »Hat das etwas mit Islam zu tun?« *Islamismus als modernes und als islamisches Phänomen*. In: Höbl, Stefan; Jamal, Lobna & Schellenberg, Frank. Politische Bildung im Kontext von Islam und Islamismus. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Caplan, Gerald (1964). *Principles of Preventive Psychiatry*. New York: Basic Books.
- Ceylan, Rauf & Kiefer, Michael (2013). *Salafismus: Fundamentalistische Strömungen und Radikalisierungsprävention*. Wiesbaden: Springer Verlag.
- Charchira, Samy (2017). *Möglichkeiten der Einbindung muslimischer Institutionen und Moscheegemeinden in die Radikalisierungsprävention*. In: Kärigel, Jana. »Sie haben keinen Plan B«: Radikalisierung, Ausreise, Rückkehr – zwischen Prävention und Intervention. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Clement, David Yuzva (2017). *Akzeptierende Jugendarbeit mit (neo)salafistischen Orientierungs- und Handlungsmustern. Theoretische Reflexionen zu pädagogischen Voraussetzungen*. In: Toprak, Ahmet & Weitzel, Gerrit. Salafismus in Deutschland: Jugendkulturelle Aspekte, Pädagogische Perspektiven. Bonn: Springer Verlag.
- Dantschke, Claudia (2017). *Interview – Die Rolle der Angehörigen in der Radikalisierungsprävention*. In: Kärigel, Jana. »Sie haben keinen Plan B« Radikalisierung, Ausreise, Rückkehr – zwischen Prävention und Intervention. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Foret, François & Markoviti, Margarete (2018). *New challenge, old solutions? Religion and counter-radicalisation in the European Parliament and the radicalisation awareness network*. https://www.researchgate.net/publication/336393949_New_challenge_old_solutions_Religion_and_counter-radicalisation_in_the_European_Parliament_and_the_radicalisation_awareness_network [Stand: 4.4.2022]
- Fritzschke, Nora (2018). *Mädchen und Frauen im Salafismus*. <https://www.bpb.de/politik/extremismus/radikalisierungspraevention/281785/maedchen-und-frauen-im-salafismus> [Stand: 4.4.2022]
- Fuchs, Christian & Goetz, John (2012). *Die Zelle – Rechter Terror in Deutschland*. Reinbeck bei Hamburg: rowohlt Verlag.
- Gaspar, Hande Abey; Daase, Christopher; Deitelhoff, Nicole; Junk, Juljan & Sold, Manjana (2018). *Was ist Radikalisierung? Präzisierung eines umstrittenen Begriffs*. https://www.hsfk.de/fileadmin/HSFK/hsfk_publicationen/prif0518.pdf [Stand: 4.4.2022]
- Gordon, Robert S. (1983). *An operational classification of disease prevention*. In: Public Health Reports 3/83. <https://www.ncbi.nlm.nih.gov/pmc/articles/PMC1424415/pdf/pubhealthrep00112-0005.pdf> [Stand: 4.4.2022]
- Handle, Julia; Korn, Judy & Mücke, Thomas (2019). *Zivilgesellschaftliche Organisationen in der Tertiärprävention*. Schriftenreihe VPN. Berlin: VPN.
- Hoffmann, Felix (2019). *Antirassismus zwischen Identitäts- und Alteritätspolitik*. In: Friese, Heidrun; Nolden, Marcus & Schreiter, Miriam (2019). Rassismus im Alltag. Theoretische und empirische Perspektiven nach Chemnitz. Bielefeld: transcript Verlag.
- Khalil, Mohammad Hassan (2018). *Jihad, Radicalism and the New Atheism*; Cambridge.
- Kiefer, Michael (2017). *Prävention gegen neosalafistische Radikalisierung in Schule und Jugendhilfe*. In: Kärigel, Jana. »Sie haben keinen Plan B«: Radikalisierung, Ausreise, Rückkehr – zwischen Prävention und Intervention. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Köttig, Michaela; Bitzan, Renate & Peto, Andrea (2017). *Gender and Far Right Politics in Europe*. Cham: Palgrave Mcmillan.
- Kossak, Oliver & Weilnböck, Harald (2019). *The EU's »Islamism« bias and its »added damage« in Central and Eastern Europe*. <https://www.opendemocracy.net/en/global-extremes/the-eus-islamism-bias-and-its-added-damage-in-central-and-eastern-europe/> [Stand: 4.4.2022]

- Kulacatan, Meltem (2020). *Gender, Islam und Islamismus*. In: Hößl, Stefan; Jamal, Lobna & Schellenberg, Frank: Politische Bildung im Kontext von Islam und Islamismus. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Linea, Ava & Dantschke, Claudia (2016). *Systemische Deradikalisierungsarbeit am Beispiel der Initiative Hayat Deutschland*. In: EXIT Journal 3/2016. <https://journal-exit.de/zwischen-hoelle-und-paradies/> [Stand: 4.4.2022]
- Ludewig, Kurt (2015). *Systemische Therapie. Grundlagen klinischer Theorie und Praxis*. Heidelberg: Carl-Auer Verlag.
- Manow, Philip (2019). *Politischer Populismus als Ausdruck von Identitätspolitik? Über einen ökonomischen Ursachenkomplex*. <https://www.bpb.de/apuz/286510/politischer-populismus-als-ausdruck-von-identitaetspolitik-ueber-einen-oekonomischen-ursachenkomplex> [Stand: 4.4.2022]
- Mansour, Ahmad (2015). *Generation Allah – Warum wir im Kampf gegen religiösen Extremismus umdenken müssen*. Frankfurt am Main: S. Fischer Verlag.
- Mattsson, Christer; Hammaren, Nils & Oldenbring, Ylva (2016). *Youth 'at risk': A critical discourse analysis of the European Commission's Radicalisation Awareness Network Collection of approaches and practices used in education*. <https://journals.sagepub.com/doi/pdf/10.1177/1757743816677133> [Stand: 4.4.2022]
- Müller, Jan-Werner (2019). *»Das wahre Volk« gegen alle anderen. Rechtspopulismus als Identitätspolitik – Essay*. <https://www.bpb.de/apuz/286506/das-wahre-volk-gegen-alle-anderen-rechtspopulismus-als-identitaetspolitik> [Stand: 4.4.2022]
- Möller, Kurt & Neuscheler, Florian (2018): *»Wer will die hier schon haben?« Ablehnungshaltungen und Diskriminierung in Deutschland*. Stuttgart: Kohlhammer.
- Mohagheghi, Hamideh (2015). *Frauen für den Dschihad – Das Manifest der IS-Kämpferinnen*. Freiburg-Basel-Wien: Herder Verlag.
- Palloks, Kerstin (2009). *Wissen und Handlungskompetenz erhöhen: Zur Verzahnung von Regeldiensten und Spezialthemen*. In: Molthagen, Dietmar & Korgel, Lorenz (Hrsg). *Handbuch für die kommunale Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus*. Berlin: Friedrich Ebert Stiftung.
- Rogers, Carl (2003). Neu-Edition: *Client-Centered Therapy*, London.
- Rosenthal, Gabriele; Köttig, Michaela; Witte, Nicole & Blezinger, Anne (2006). *Biographisch-narrative Gespräche mit Jugendlichen – Chancen für das Selbst- und Fremdverstehen*. Leverkusen, Berlin: Barbara Budrich Verlag.
- Salzborn, Samuel & Quent, Matthias (2018). *Warum wird rechtsextremer Terror immer wieder unterschätzt? Empirische und theoretische Defizite statischer Perspektiven*. https://www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/PDFS_WsD6/01_Salzborn_Quent.pdf [Stand: 4.4.2022]
- Schau, Katja; Jakob, Maria & Milbradt, Björn (2020). *(Präventive) Arbeit mit heterogenen Zielgruppen zwischen Stigmatisierung und Homogenisierung*. In: Politische Bildung im Kontext von Islam und Islamismus. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Schmidt, Wolf (2012). *Jung, deutsch, Taliban*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Schmitz, Dominic Musa (2016). *Ich war ein Salafist*. Berlin: Ullstein Verlag.
- Susemichel, Lea & Kastner, Jens (2019). *Partikularinteressen versus soziale Verantwortung?* https://www.deutschlandfunk.de/linke-identitaetspolitik-partikularinteressen-versus-1184.de.html?dram:article_id=438586 [Stand: 4.4.2022]
- Sutor, Bernhard (2002). *Politische Bildung im Streit um die »intellektuelle Gründung« der Bundesrepublik Deutschland – Die Kontroversen der siebziger und achtziger Jahre*. <https://www.bpb.de/apuz/26627/politische-bildung-im-streit-um-die-intellektuelle-gruendung-der-bundesrepublik-deutschland> [Stand: 4.4.2022]
- Uhlmann, Milena (2017). *Evaluation der Beratungsstelle »Radikalisierung« des BAMF, Abschlussbericht, Berlin*. https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Forschung/Forschungsberichte/fb31-evaluation-beratungsstelle-radikalisierung.pdf?__blob=publicationFile&v=16 [Stand: 4.4.2022]
- van Dyk, Silke (2019). *Identitätspolitik gegen ihre Kritik gelesen. Für einen rebellischen Universalismus*. <https://www.bpb.de/apuz/286508/identitaetspolitik-gegen-ihre-kritik-gelesen-fuer-einen-rebellischen-universalismus> [Stand: 4.4.2022]
- Weilnböck, Harald (2013). *Das narrative Prinzip: »Good Practice«-Interventionen im Kontext des Radicalisation Awareness Network (RAN)*. In: *Rechtsextremismus in Europa. Länderanalysen, Gegenstrategien und arbeitsmarkt-orientierte Ausstiegsarbeit*. Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg), 2013, S. 397-428. <https://fachzeitschrift.adb.de/narrative-gespraechsgruppen/>. [Stand: 4.4.2022]
- Weilnböck, Harald & Meilicke, Tobias (2018). *Ausstiegsberatung, Verschwiegenheit, Zeugnisverweigerungsrecht – und unsere schlechte nationale Vertrauenslage*. https://cultures-interactive.de/files/publikationen/Fachartikel/2018_Meilicke_Weilnboeck_Exit%20Counseling%20Confidentiality%20and%20the%20Right%20to%20Refuse%20to%20Testify.pdf [Stand: 4.4.2022]
- Weilnböck, Harald & Uhlmann, Milena (2018). *20 Thesen zu guter Praxis in der Extremismusprävention und in der Programmgestaltung*. <https://www.bpb.de/politik/extremismus/radikalisierungspraevention/264235/20-thesen-zu-guter-praeventionspraxis> [Stand: 4.4.2022]
- Weilnböck, Harald (2019). *The industry of Preventing Extremism and the Radicalisation Awareness Network*. <https://www.opendemocracy.net/en/global-extremes/the-industry-of-preventing-extremism-and-the-radicalisation-awareness-network/> [Stand: 4.4.2022]
- Zick, Andreas; Roth, Victoria & Srowig, Fabian (2018). *Zum Löwen werden – Radikalisierung als jugendkulturelles Phänomen*. In: Kiefer, Michael; Hüttermann, Jörg; Dziri, Bacem; Ceylan, Rauf; Zick, Andreas; Roth, Victoria & Srowig, Fabian: *»Lasset uns in sha'a Allah einen Plan machen« Fallgestützte Analyse der Radikalisierung einer WhatsApp-Gruppe*. Wiesbaden: Springer VS Verlag.